

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 4/ 18. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober/November 2012

Zu diesem Heft:

Dieses Heft dokumentiert Vorträge und Diskussionsbeiträge auf der Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)", die am 29. September 2012 in Berlin tagte: die Vorträge von Robert Steigerwald, Hermann Kopp/Peter Strutynski und Arno Neuber sowie die Diskussionsbeiträge von Wolfgang Triebel und Hans Hautmann. (Der Diskussionsbeitrag von Kurt Laser kann aus Platzgründen erst im nächsten Heft erscheinen.)

Schwerpunkte der Darlegungen und der Debatte bildeten die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen dem Kampf um den Frieden und dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Politik des Kapitals; die Eigenständigkeit von Friedensbewegungen; die richtige Bewertung des Pazifismus und das Verhältnis von sozialistischer und pazifistischer Bewegung; die realistische, differenzierende Sicht auf die ganze Breite des Spektrums der Friedenskräfte und ihrer Motivation sowie die sich daraus ergebenden politischen, auch taktischen Konsequenzen; das komplizierte, aber für die Arbeiter- und die Friedensbewegung außerordentlich wichtige Problem des häufigen Divergierens von friedenspolitischen und elementaren ökonomischen Interessen (besonders im Zusammenhang mit Rüstungsproduktion); Formen und Methoden des Kampfes um den Frieden und die Notwendigkeit ihrer historisch-konkreten Bewertung; die manipulative Ausnutzung der Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der Friedensfrage mittels demagogischer Parolen (vor allem aus dem Freiheits- und Menschenrechtsvokabular) zur Verwirrung, Spaltung und Lähmung der Friedenskräfte.

Kennzeichnend für Vorträge und Diskussion war die Berücksichtigung der *komplexen* Bedingungen des Kampfes um den Frieden - des Ineinandergreifens von Krieg, Rüstung, Diplomatie, Politik, Ideologie, der internationalen Zusammenhänge usw. Immer wieder wurde die außerordentliche Aktualität dieses Themas deutlich. Die Ausführungen gaben nicht nur Antworten, sondern warfen auch viele Fragen auf, regten zu weiterem Durchdenken, konkreten Untersuchungen und neuen Verallgemeinerungen zu dieser überaus wichtigen Problematik an.

Das vorliegende Heft enthält ferner die Einladung zu unserer nächsten Konferenz Ende Februar 2013 (S. 36) sowie Hinweise auf unsere weiteren Veranstaltungen bis Februar 2013 (S. 35).

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)" am 29. September 2012 in Berlin	S. 3
Dr. sc. Robert Steigerwald Wie die Glocken von Basel verstummten - oder: Wie den Sozialdemokraten der Marxismus abhanden kam	S. 3
Hermann Kopp/Dr. Peter Strutynski Friedensbewegung und Arbeiterbewegung: Zwischen Pazifismus, Anti- militarismus, Patriotismus und Menschenrechten	S. 12
Arno Neuber Arbeiterbewegung und Rüstungsproduktion	S. 18
Prof. Dr. Wolfgang Triebel Pazifisten und Sozialisten sind Verbündete, keine Rivalen	S. 25
Prof. Dr. Hans Hautmann Die österreichische Sozialdemokratie und der imperialistische Krieg	S. 30
Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises	S. 35
Einladung zur Konferenz "150 Jahre deutsche Sozialdemokratie" am 23. Februar 2013 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2013.

Prof. Dr. Heinz Karl

Zur Eröffnung der Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden"

Unsere heutige Konferenz befasst sich mit dem gravierendsten Problem unseres Jahrhunderts - dem Problem von Krieg und Frieden. Konkreter: der Frage, wie Sozialisten im Zusammenwirken mit möglichst breit formierten gesellschaftlichen Kräften positiven, wirksamen Einfluss auf die Behandlung und Lösung dieses Problems nehmen können.

Anlass ist der vor 100 Jahren, am 24. und 25. November 1912, stattgefundene Internationale Sozialisten-Kongress von Basel, der einen Höhepunkt des Ringens der sozialistischen Arbeiterbewegung um den Frieden markiert.

In den seither vergangenen hundert Jahren haben die sozialistische Bewegung und andere pazifistische und humanistische Kräfte reiche Erfahrungen im Ringen um den Frieden und seine Bewahrung gesammelt und bedeutende Erfolge in diesem Ringen erzielt. Der gewichtigste war zweifellos die 1945 besiegelte totale Niederlage der bis dahin aggressivsten und barbarischsten imperialistischen Kräfte - Hitlerdeutschlands und des militaristischen Japans - und die darauf gegründete Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen.

Dennoch ist die Situation der Menschheit heute unvergleichlich ernster als vor hundert Jahren. Der von den konkurrierenden imperialistischen Mächten verursachte und geführte 1. Weltkrieg brachte ein Vielfaches an Opfern, Leiden und Verwüstungen im Vergleich mit den vorausgegangenen Kriegen. Große Teile der Menschheit - vor allem die unmittelbar betroffenen Völker - empfanden ihn als Urkatastrophe und Zivilisationsbruch. Dennoch vermochte er - beim damaligen Stand der Kriegstechnik und der industriellen Entwicklung - die *Existenz* der Menschheit nicht zu gefährden.

Beim *heutigen* Stand von Wissenschaft, Technologie und Militärwesen ist die *Selbstvernichtung der Menschheit eine reale Möglichkeit*. (Hinzu kommen die durch irrationales Wirtschaften und profitgetriebene Konsumexplosion verursachten irreversiblen - und sich beschleunigenden - Klimaveränderungen.)

Zudem ist durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und des europäischen Frühsozialismus - "die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" (Putin) - der gewichtigste Friedensfaktor des vorigen Jahrhunderts eliminiert, ist das Kräfteverhältnis entschieden zugunsten der Kräfte der imperialistischen Aggression verschoben worden - mit entsprechenden negativen Konsequenzen für die UNO. Die Folge ist nicht nur ein Prozess der Rekolonialisierung mittels militärischer Aggressionen, sondern eine allgemeine Verschärfung der Kriegsgefahren *in der Welt* - der imperialistische Interventionskrieg gegen Syrien ist nur *eine* Facette von vielen.

Gerade die Entwicklung in den letzten 30 Jahren zeigt, dass die Problematik des Friedens nicht isoliert zu sehen, sondern nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Problem des gesellschaftlichen Fortschritts, gesellschaftlicher Umwälzungen zu verstehen ist. Auch unter diesem Aspekt sind die historischen Erfahrungen und ihre Verallgemeinerung wichtiger denn je. Dazu soll unsere heutige Konferenz beitragen.

Dr. sc. Robert Steigerwald

Wie die Glocken von Basel verstummt - oder: Wie den Sozialdemokraten der Marxismus abhanden kam

Die Periode der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Gegenstand unserer Tagung ist, war eine der dramatischsten, eine heroische und tragische, eine solche wichtiger Massenaktivitäten und schmachlichsten Verrats. Es war dies nicht nur die Zeit, in welcher sich scheinbar abseits vom immer tieferen Eindringen des Marxismus in breite Teile der Arbeiterklasse zugleich Reformismus und - vor allem - Revisionismus entfalten konnten. So sehr, dass man hin und wieder sagen hört, es sei dies die Internationale des Revisionismus gewesen. Ja, es war dies die Zeit, in der aus August Bebel "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" wurde: "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!" Und in der dem Kaiser nicht nur das Blutgeld, sondern auch die Männer, Brüder und Söhne für das Gemetzel gegeben wurden. Und es war dies die Zeit, in der aus "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" wurde, er stehe in Petersburg und sei der (durch einen verlorenen Krieg und eine "eigene" Revolution) doch bereits geschwächte Zarismus! Es war dies die Zeit, in der die grundlegende Idee des Proletariats, der proletarische Internationalismus, der grundlegenden Idee des Kapitalismus geopfert, dem Nationalismus preisgegeben wurde.

Aber war dies nicht doch auch die Internationale von August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring - um es zunächst bei deutschen Namen bewenden zu lassen. Und es war dies die Internationale Lenins! Nein, wir lassen uns diese Internationale trotz des Wirkens ihrer Gegner, die sie zerstörten, nicht nehmen, wir müssen nur die erforderlichen Lehren aus ihr ziehen. Zu fragen ist deshalb, ob einige den gesamten Prozess bestimmende Themen einen inneren Zusammenhang haben zum Komplex des Kampfes gegen imperialistischen Krieg und für Völkerfrieden? Man muss feststellen, dass diese Periode zugleich jene ist, in der die SPD und die von ihr geprägte Internationale im Sommer 1914 als sozialistische starben, weil sie zuvor bereits ihren Marxismus, die Staats-, die Machtfrage, die Klassenfrage aus Kopf und Herz verbannt hatten.

Eine neue Zeit beginnt: Der Imperialismus

Um 1900 endete die relativ friedliche Periode in der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung; es waren in vielen Ländern Arbeiter-, sozialistische Parteien entstanden. Abgelöst wurde diese Zeit durch eine Entwicklungsetappe, in der es zu imperialistischem Wettrüsten, zu Kriegen und revolutionären, antikolonialen Ausbrüchen und Kämpfen, schließlich zum imperialistischen Weltkrieg und zur Oktoberrevolution, zur Gründung der neuen, der III. Internationale als Beginn einer anderen Zeit kommen sollte, in der sich die Konturen einer neuen Welt herauszubilden begannen. In dieser Zeit verlagerte sich das Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung, wie es sich in der ersten russischen Revolution erwies, nach Russland. Gleichzeitig gab es - zunächst in ihrer ganzen Bedeutung nur von Wenigen wahrgenommen - wichtige Veränderungen in der Arbeiterbewegung des Westens, vor allem Deutschlands. Dessen Sozialdemokratie wurde als das Vorbild, das Muster einer großen, starken Arbeiterbewegung verstanden. Zugleich wuchsen die Gewerkschaften unaufhaltsam an. Erfassten sie 1892 erst 232 000 Mitglieder, so waren es 1900 schon fast 700 000, und sechs Jahre später knapp zwei Millionen! Finanziell waren sie ein Machtfaktor geworden, besaßen ein Mehrfaches dessen, das der SPD zur Verfügung stand. Die Partei konnte mit ihrem Apparat und Funktionärsstamm mit den Gewerkschaften nicht konkurrieren. Zugleich ging in der SPD die Führung immer mehr auf die Leitung der Reichstagsfraktion über. De facto bildeten sich so zunächst zwei Strömungen in oder am Rand der SPD, deren Wesen die Auflösung der inneren Zusammenhänge von ideologischem, politischem und ökonomischem Klassenkampf bedeutete. Der ökonomische, der gewerkschaftliche Klassenkampf löste sich mehr und mehr vom politischen, nahm immer mehr zentrale Positionen im Parteigeschehen ein. Und der politische verlagerte sich immer mehr auf das parlamentarische Feld,

auf den Kampf um gesetzliche Regelungen innerhalb des bestehenden Systems. Wobei schon seit Lassalle die Wahlrechtsfrage sich zum Schwerpunkt der politischen Aktion der SPD-Führung herausbildete.¹ Das ging so weit, dass man - ich komme darauf noch zu sprechen - für das bloße Versprechen der kaiserlichen Regierung, das Wahlrecht zu ändern, sich die Bereitschaft zum Kampf gegen den Krieg abkaufen ließ. Es ist zu erwähnen - ich werde kurz darauf eingehen -, dass nach diesem Muster auch in der Katastrophe von 1933 verfahren wurde.

Gleich zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts betrat der deutsche Imperialismus und Militarismus mit offen ausgesprochener Brutalität und Grausamkeit die Weltbühne. Zusammen mit jenen anderer imperialistischen "Kulturnationen" taten sich die Truppen des Kaisers, jener berüchtigten Hunnen-Rede folgend, hervor, die Wilhelm II. am 27. 7. 1900 in Bremerhaven bei der Verabschiedung der deutschen Truppen nach China hielt: "Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen."² Im Bericht des Oberbefehlshabers der "vereinigten" Truppen (des "kollektiven Imperialismus"), den der deutsche Feldmarschall Graf Waldersee gab, heißt es, die Soldaten hätten noch nach der Niederwerfung des sogenannten Boxeraufstands gemordet, geplündert, vergewaltigt.³

Der Imperialismus - nicht nur der deutsche - hat sich in eben diesen Jahren auch noch anderswo hervorgetan, in Südafrika gegen die Völker der Herero und Nama, in Ostafrika gegen die Maji-Maji-Bewegung. Grausam wurde gewütet: Nicht nur die Kämpfer der Hereros, auch die Frauen und Kinder wurden in die Kalahariwüste getrieben, wo sie qualvoll verdursteten. Der Welt wurde vorgeführt, was zu erwarten hat, wer sich gegen Imperialismus, Militarismus und Kolonialismus zu wehren versuchte. Denn es ging ja nicht nur um sogenannte Untermenschen.

Am 31. Dezember 1905 - in diesem Jahr arbeitete Schlieffen den berüchtigten Plan des Überfalls auf Frankreich aus - schrieb Kaiser Wilhelm an Reichskanzler Bülow. Man solle sich noch besser auf den Krieg vorbereiten, die rüstungstechnische Ausrüstung verstärken, mehr Verbündete gewinnen. In dem Brief ging es darum, vor allem "alle arabischen Herrscher" zu gewinnen: Ihre Länder lagen ja auf dem Weg, der von Berlin nach Bagdad führen sollte, dicht an die britische Kronkolonie Indien! Und dann hieß es: "Zudem kann ich in einem solchen Augenblick wie jetzt, wo die Sozialisten offen Aufruhr predigen und vorbereiten, keinen Mann aus dem Land ziehen ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz seiner Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen - wenn nötig per Blutbad - und dann Krieg nach außen!"⁴ Das war die eindeutige, klare, auf Vernichtung des Sozialismus zielende Stimme der junkerlich-bourgeoisen Klassenmacht. Doch am 4. August 1914 starb diese sozialistische, "den Aufruhr vorbereitende SPD" und mit ihr die II., Sozialistische Internationale und das war nur wenige Jahre nach dem Außerordentlichen Kongress der Sozialistischen Internationale gegen den Krieg von 1912 in Basel, der wohl als ein Höhepunkt in der Geschichte der damals noch sozialistischen SPD und der II. Internationale bewertet werden muss.

Wie ist ein solch dramatischer Wendepunkt zu verstehen, der ja die gesamte weitere Geschichte nicht nur unseres Landes, sondern des europäischen Kontinents betraf? War nicht schon etwa ab 1905 die Gefahr eines heraufkommenden großen europäischen Krieges wahrnehmbar? War denn nicht auf jedem der Kongresse der Sozialistischen Internationale oder der Parteitage der SPD das Thema Krieg, Rüstung, Militarismus präsent? Hatte nicht der Stuttgarter Kongress der Internationale von 1907 Kampfbereitschaft und Inhalte des Kampfes gegen die drohende Kriegsgefahr in Beschlüssen festgehalten und hatten nicht die folgenden Kongresse der Internationale diese Beschlüsse ausdrücklich untermauert? Oder hatte nicht Lenin schon unmittelbar nach dem Magdeburger Parteitag der SPD von 1910 unter der Überschrift "Zwei Welten" jenen Prozess analysiert, der in die Katastrophen von 1914 und 1918 führte?⁵ Hatte er

nicht die Gründe und Hintergründe verstehen lassen, die den ständig wirkenden Verfaulungsprozess dieser einst so großen, stolzen, international bewunderten Partei bewirkten? Und gibt es nicht außer dieser Analyse Lenins die bis heute gründlichste Erörterung des gesamten Prozesses durch Rosa Luxemburg in ihrer sogenannten Junius-Broschüre? Freilich, die wurde nach der Katastrophe geschrieben.

Will man diesen Degenerationsprozess verstehen, so muss man die zentralen, den ganzen Prozess bestimmenden Themen, gerade auch mit Wirkung auf den Kampf für Frieden, gegen Wettrüsten, Militarismus und Krieg untersuchen, was hier nur in Kürze möglich ist.

Der Imperialismus und die Spaltung der Arbeiterbewegung

Die russische Revolution von 1905 war die erste im Imperialismus, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in seinen Bann zwingen sollte. Dies trat sofort mit der ersten russischen Revolution zutage. Der sich entwickelnde Imperialismus stellte neue Kampf- und Organisationsfragen. In Russland zuerst bildeten sich, konfrontiert mit dem Revolutionsproblem, die beiden Strömungen der Bolschewiki und Menschewiki. Die Positionen zur Revolution beider konnten grundverschiedener nicht sein: Die Menschewiki meinten, dies sei eine bürgerliche Revolution. Also habe sie unter bürgerlicher Führung stattzufinden. Das Proletariat könne die bürgerlichen Kräfte nicht etwa voranzutreiben versuchen, müsse ihnen vielmehr zur Seite stehen. Die Bolschewiki erklärten: Die Bourgeoisie wird aus Angst vor der Arbeiterklasse die Revolution möglichst früh verraten, abbrechen, den Frieden mit den alten zaristisch-feudalen Kräften suchen.

Der Imperialismus stellte das Revolutionsproblem, die Fragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes, der Organisation der Arbeiterklasse für diese neuen Aufgaben eben auf neue Weise. Diese Probleme, da sie ihre tiefsten Wurzeln im Imperialismus hatten, führten folglich auch in ähnlicher Weise bald in allen entwickelten kapitalistischen Staaten zu gleichartigen Erscheinungen in Politik und Organisation der Arbeiterklasse. Das galt auch für die SPD. Auch in ihr entwickelten sich in diesen Jahren in Gestalt der revolutionären Linken dem Bolschewismus verwandte Kräfte, wie in Gestalt des Opportunismus und Revisionismus der deutsche Menschewismus. Und zwischen beide schob sich eine Strömung, die unter der Losung "In der Einheit liegt unsere Stärke" und bei ausgiebigem Gebrauch marxistischer Termini wirkte. So erschien sie als ein scheinbares Zentrum. Eine der ersten großen Auseinandersetzungen, in denen sich diese Spaltung zeigen sollte, war die Massenstreik-Debatte, die dem Wesen nach auf die Trennung des sozialökonomischen vom politischen Klassenkampf zurückführte.

Die russische Revolution hatte eine neue revolutionäre Kampfform hervorgebracht, den politischen Massenstreik. Die deutsche Gewerkschaftsführung verdächtigte ihn, eine anarchistische Kampfform zu sein. Zu den bedeutsamen Ereignissen auf dem Jenaer Parteitag von 1905 gehört daher ohne Zweifel der Beschluss über die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks. Die Linken, von Bebel unterstützt, hatten dies zwar durchgesetzt und sich damit gegen die Position des 5. Kongresses der deutschen Gewerkschaften in Köln 1905 gestellt, der den politischen Massenstreik, sogar nur seine Propagierung abgelehnt hatte, doch schon der folgende Parteitag beerdigte de facto diesen Jenaer Beschluss.

Der Jenaer Parteitag von 1905 hatte mit großer Mehrheit (287 gegen 14 Stimmen) festgestellt, der politische Massenstreik, "die umfassende Arbeitsniederlegung", sei nötig zur Erringung von Grundrechten und Abwehr von Angriffen auf die Gewerkschaftsfreiheit. Dies aber lehnte die Gewerkschaftsführung prinzipiell ab! Wie aber sollte es, ohne Mitarbeit der Gewerkschaften, möglich sein, Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter in den Streik zu führen? Die Gewerkschaftsführung hatte sich das "Recht erworben", maßgebend auf die Wahl der Kampfformen einzuwirken! Dem Wesen nach lief dies auf die Kastration der Partei als einer Organisation für den politischen Kampf hinaus. Und da Kautsky in diesen Auseinandersetzungen "im Namen der Einheit" gute Miene zum bösen Spiel machte, kam es zu dem sich schon über längere Zeit anbahnenden

Bruch zwischen ihm und Rosa Luxemburg, dem Zentrismus und den revolutionären Linken. Die Entscheidung in der Frage des Massenstreiks bewirkte also die Trennung von Partei und Gewerkschaft, von Politik und Ökonomie, die faktische Verwandlung von Gewerkschaftsführern in die Führer der Arbeiterbewegung. Denn im politischen Massenstreik ging es nicht um den Groschen und die Arbeitszeit, sondern um solche politischen Fragen wie Grundrechte, Vereinigungsfreiheit, Wahlrecht. Diese Kampfform hatte und hat doch über ihren eigenen Wert hinaus große bewusstseinsbildende, politisch mobilisierende Wirkung, trägt zur Klarheit in der Staatsfrage bei. Doch dieser Kampf um den politischen Massenstreik ging am Widerstand der Gewerkschaftsführung verloren. Der Kampf um die Wahlrechtsfrage führte darüber hinaus zur Verabsolutierung der parlamentarischen Kampfform, zu einem regelrechten Gesetzesfetischismus und damit zur faktischen Ausschaltung der Massen aus der aktiven Politik.

Die koloniale Frage

In ihrer vergiftenden Langzeitwirkung völlig ungenügend wurde die Auseinandersetzung um die Kolonialfrage geführt. Hier gab es neben kaum verhüllten chauvinistisch-rassistischen Stimmen nicht nur in den Reden Noskes auch solche, die paternalistisch vorgaben, man komme doch als Kulturbringer zu den Wilden. Der holländische Parteiführer van Kol forderte gar ein "positives Kolonialprogramm". Diese schleichende nationalistisch-chauvinistische Vergiftung öffnete doch im Laufe der Zeit immer mehr die Schleusen geradenwegs in die rassistisch-imperialistische Politik, die sich auf erschreckende Weise auch schon im Sommer 1914 zeigte.⁶ Ein großer Teil der deutschen und österreichischen Delegierten, dazu Franzosen, Engländer und Holländer, Belgier, alle aus Kolonien besitzenden Staaten, stimmten mit 108 Stimmen dem Revisionismus in der Kolonialfrage zu. Lenin schrieb, der internationale Revisionismus, der internationale Opportunismus habe schon damals dem Imperialismus zugestimmt.⁷

In diesen Jahren des beginnenden Imperialismus bildete sich in der SPD also eine ökonomistische Reduktion des Klassenkampfes auf den Kampf um soziale, demokratische Reformen einerseits, ein parlamentarisch reduziertes Politikverständnis andererseits, ein bürgerlich-gesetzliches, heraus, dessen Grundlage auch schon ein seit Lassalle ungeklärtes, den Marxismus revidierendes Macht- und Staatsverständnis war.⁸ Und zwischen diesen beiden durchaus starken Flügeln der Partei wuchs immer mehr ein revolutionärer, marxistischer Kern um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Leo Jogiches und Julian Marchlewski, der den Kampf gegen die Preisgabe marxistischer Grundpositionen richtete: Gegen die Anbetung des Kampfes um Reformen und gegen den Revisionismus, gegen Wettrüsten und Militarismus. Stützte sich der Reformismus vor allem auf die Positionen der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften, in den Kommunen und in der Reichstagsfraktion, entfaltete sich die Gruppe der revolutionären Linken um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring und andere. Und zwischen beiden stand das um Kautsky, Hilferding wirkende Zentrum, das sich vorwiegend rekrutierte aus in die Arbeiterklasse hinabgeworfenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich nicht von ihren bürgerlich-ideologischen "Grundeinsichten" befreit hatten, sich in Reden und Aufsätzen des marxistischen Vokabulars bedienten, aber in der Praxis unter der Losung "in der Einheit liegt unsere Stärke" und durch Verbreitung der Meinung, das immer mehr wachsende sozialdemokratische Potential werde eine gewaltsame Revolution überflüssig machen, die Partei mehr und mehr aktionsunfähig machten. So verhinderten die Zentristen die Scheidung von Revolutionären und Reformisten, Revisionisten und leisteten damit zum Untergang der Partei Beihilfe. Das sind Zusammenhänge, die sich nicht mit einem Schlag herausbildeten, die aber das Wesen dieser Geschichtsperiode maßgebend negativ beeinflussten. Schauen wir hinein in solche Kongresse und Parteitage.

Das Problem eines aufkommenden Krieges wurde zumindest ab 1905 das beherrschende Thema in der Sozialistischen Internationale. Zwar hatte man das Problem des Krieges und seiner Verhinderung schon seit der Gründung in unterschiedlichen Resolutionen bemerkt, dieses Thema

wurde aber auf den Kongressen eher am Rande, wenn überhaupt, behandelt. Eine gewisse Ausnahme bildete der Kongress in Stuttgart 1907.

Stuttgart 1907

Der Internationale Sozialisten-Kongress in Stuttgart 1907 wurde von 884 Delegierten aus 25 Ländern (darunter allein 289 aus Deutschland) besucht. Seine Tagesordnung sah vor: Militarismus und internationale Konflikte; die Beziehungen zwischen den proletarischen Parteien und den Gewerkschaften; die koloniale Frage; das Frauenstimmrecht.

Am meisten in Erinnerung ist dieser Kongress wegen der Kriegs- und Friedensfrage, der zu diesem Thema beschlossenen Orientierung. Bebels Resolution befasste sich hiermit, doch da sie keinen Hinweis auf aktives Handeln enthielt, brachten Lenin, Rosa Luxemburg und Martow Zusätze ein, die angenommen wurden und in die berühmte Schlussformulierung mündeten: "Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros" (in Brüssel), "alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."⁹

Der Kongress lehnte revisionistische Forderungen nach Neutralität der Gewerkschaft ebenso ab, wie er die imperialistische Kolonialpolitik trotz des Widerstands revisionistischer Kräfte verurteilte. Er forderte für die Frauen das allgemeine Stimmrecht. Da in den meisten Themen die Wortführer des Opportunismus Deutsche waren, erklärte Clara Zetkin, die deutschen Sozialisten hätten im eigenen Land eine unschätzbare Lehre erhalten: Die Vertreter der internationalen Arbeiterklasse hätten den Deutschen gezeigt, "dass eine Partei nur insofern und so lange Anspruch auf die Führerschaft, auf die Rolle der Vorhut des Weltproletariats erheben darf, als sie auch in ihrer Auffassung die entschlossenste, prinzipienfesteste Kampfmethod vertritt. Nicht durch die reichsten Klassen, nicht durch die zahlreichsten Wählermassen, nicht durch die stärksten Organisationen allein, so hochwichtig diese sind, behält man die Stellung des Vortrupps im internationalen Sozialismus: die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart gehört unbedingt dazu."¹⁰

Zu dieser Zeit wirkte Karl Kautsky mit der Broschüre "Der Weg zur Macht" noch marxistisch. Er zeigte die Verschärfung der Klassenkämpfe, sprach von der Epoche der Kriege und Revolutionen, formulierte als nächstes Ziel Erringung der Demokratie und forderte den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, betonte die Methode des Massenstreiks als neues Kampfmittel, doch auf konkrete Wege ging er nicht ein. Das tat er dann wenige Jahre später, als er in "Die Neue Zeit" heftig gegen Rosa Luxemburg polemisierend, sich vom Massenstreik abwendend, die Zeit nicht reif hielt für außerparlamentarische Kämpfe, auf eine Art Ermattungsstrategie durch Kämpfe um das allgemeine Wahlrecht, für Vereins-, Presse- und Koalitionsfreiheit orientierte. Diese werde den Gegner allmählich ermatten und so der Weg zum Sieg geöffnet.

Der Panther-Sprung nach Agadir

Die Raubkatze deutscher Imperialismus hatte schon lange ein Auge auf Marokko gerichtet. Der Kaiser war schon in der marokkanischen Hafenstadt Tanger gelandet und hatte dort provokativ für den deutschen Imperialismus die gleichen Ausbeutungsmöglichkeiten gefordert wie sie Frankreich gewährt waren. Es folgte, dass am 1. 7. 1911 das deutsche Kanonenboot "Panther" in den südmarokkanischen Hafen Agadir einlief. Damit wurde der Marokkokonflikt zwischen den

deutschen und französischen Imperialisten auf die Spitze getrieben. Auch Großbritannien, Bündnispartner Frankreichs, wurde in den Konflikt einbezogen. Damals schrieb die "Rheinisch-westfälische Zeitung" (am 2. 7. 1911): "Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung mit uns über die Aufteilung Marokkos steht den Franzosen nun frei. Wollen sie nicht, da mag der Panther die Wirkung der Emser Depesche haben."¹¹

Gegen diese Kriegsgefahr entstand eine gewaltige Protestbewegung. In solchen Städten wie Augsburg, Brandenburg, Bremen, Erfurt, Essen, Forst in der Lausitz, Frankfurt an der Oder, Görlitz, Hagen, Halle, Hamburg, Jena, Mannheim, München, Potsdam, Schwerin, Stralsund kamen Tausende, Zehntausende zu Protestversammlungen und Demonstrationen zusammen. Die Teilnehmerzahlen waren ungewöhnlich groß: in Leipzig und Nürnberg 30 000, in Hannover 15 000, in München 10 000, in Halle 6000, in Berlin 200 000 am 3. September im Treptower Park. Zwischen 28. und 30. Juli nahmen nach Angaben der sozialdemokratischen Presse in 30 Städten rund 243 000 Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten an solchen Kundgebungen teil und wurde in 28 weiteren Städten demonstriert, die Teilnehmerzahl dürfte eine halbe Million betragen haben.

Und hier trat die verheerende Wirkung der Revisionisten und Zentristen deutlich zutage: Sie lenkten von den materiell-gesellschaftlichen Gründen für diese gefährliche Situation ab, indem sie "verdeutlichten", es ginge um "Probleme" der Moral, der Vernunft und zu kritisieren sei die angebliche Missachtung der Gleichberechtigung Deutschlands. Dieses Verfahren, Ideologisches nicht aus Materiell-Gesellschaftlichem abzuleiten, sondern die Dinge umzukehren so, als ob die ganze Problematik sich nur aus falschen Denkprozessen ergebe, man nur an die Vernunft, die Moral und das Völkerrecht zu appellieren brauche, um die Situation zu bereinigen; dieses Verfahren trat an die Stelle einer historisch-materialistischen Analyse. Moralisierende Hirnweberei sollte immer mehr den Revisionismus, dessen Preisgabe der materialistischen Analyse zugunsten ethischen Geschwafels umnebeln. Man kann es immer wieder studieren, wenn man beispielsweise anschaut, wie programmatische Themen in der SPD - aber nicht nur dort - angegangen werden!

Zum Magdeburger Parteitag von 1910

Lenin hat diesem Parteitag eine umfassende Analyse unter der Überschrift "Zwei Welten" gewidmet. Diese begann er sofort mit der Feststellung, es sei dies ein Parteitag des Kampfes zwischen Revisionisten und Orthodoxen gewesen. Die ideologischen Wurzeln der Divergenzen seien völlig klar hervorgetreten. Es ging ihm dabei nicht einmal so sehr um die Tatsache, dass in die SPD eingesickerte süddeutsche Liberale den Staatshaushalt des *kapitalistischen* Staates gebilligt hatten. Sie hatten also - im Gegensatz zu der marxistischen Erkenntnis, dass Staaten Klassencharakter tragen - dem Staat der Bourgeoisie, des Kapitals, die materiellen Mittel zugebilligt, mit denen er seine gegen das arbeitende Volk gerichtete Politik ausstatten konnte. Die beiden Klassenlinien in der SPD waren deutlich geworden, doch es werde dies "zweifelloso noch bei viel ernsteren, tiefergehenden und wichtigeren Anlässen in Erscheinung treten ...", da in Deutschland für alle sichtbar ein großer revolutionärer Sturm *herannaht*".¹² Er setzte sich gründlich mit den Verfassungs- und Gesetzesillusionen der Süddeutschen auseinander - man fühlt sich an manche heutige Debatte erinnert! -, hob das hervorragende Agieren Bebels hervor, bevor er auf die taktischen Besonderheiten der Klassenkampfsituation in Deutschland einging: Sie bestehe darin, dass die Bourgeoisie Gesetze und Regelungen, die sie selbst zur Eindämmung der Sozialdemokratie geschaffen hatte, nun als Hindernis für den weiteren Kampf gegen die SPD spüre und um deren Überwindung bemüht sei. Nicht die Arbeiterklasse, nicht die SPD, die Bourgeoisie stehe vor der Notwendigkeit, die Gesetzlichkeit - ihre eigene! - zu brechen. "Schießen Sie zuerst, meine Herren!", rief Bebel, wie schon einmal in ähnlicher Situation Engels, der Bourgeoisie entgegen. Und wenn es zu diesem Sturm komme, dann werde die SPD auf einer ganz anderen Position stehen als die Genossen aus Baden.

Die Glocken von Basel

In den Novembertagen des Jahres 1912 ereignete sich etwas Ungewöhnliches: Im Münster der Stadt Basel hatten sich zur Eröffnung des Außerordentlichen Internationalen Sozialistischen Kongresses 555 Delegierte aus 23 Ländern versammelt, unter ihnen alles, was Namen hatte: Bebel und Lenin, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Viktor Adler und Hermann Greulich, allein aus Deutschland waren 75 Delegierte angereist. Ein machtvoller Demonstrationzug durch die Stadt zeigte aller Welt die Bereitschaft der Internationalen, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Die Sozialistische Internationale stellte sich als einige, den Frieden verteidigende Kraft dar.

Anlass des Kongresses war der im Oktober 1912 ausgebrochene erste Balkankrieg, der sich leicht zu einem gesamteuropäischen Flächenbrand ausweiten konnte, denn alle imperialistischen Großmächte hatten ihre schmutzigen Hände mit im Spiel. Die internationale Arbeiterbewegung hatte sofort mit Aktionen gegen den Balkan-Krieg begonnen. Im Treptower Park beispielsweise demonstrierten 250 000 Berliner gegen den Krieg. In allen europäischen Großstädten fanden Großkundgebungen statt, auf denen jeweils Genossen aus anderen Ländern sprachen. In Berlin vor 150 000 Teilnehmern Jean Jaurès und Karl Renner, Karl Liebknecht in Budapest, Molkenbuhr in Amsterdam, Scheidemann in Paris. Überall wird die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens der Arbeiterklasse beschworen. Diese gewaltige Protestwelle mündete in den Baseler Kongress ein, den das Internationale Büro der Sozialistischen Internationale einberufen hatte.

In das Zentrum des Kongresses rückte natürlich sofort der leidenschaftlich beschworene Kampf gegen die Kriegsgefahr. Jaurès: "Die Regierungen sollten daran denken, wenn sie die Kriegsgefahr heraufbeschwören, wie leicht Völker die einfache Rechnung aufstellen könnten, dass ihre eigene Revolution weniger Opfer kosten würde als der Krieg der anderen!" Und Vaillant ergänzte: Es müssten alle Kampfmethoden gegen den Krieg genutzt werden. "Ausgeschlossen ist weder der Aufstand gegen den Krieg noch der Generalstreik!"

Im einmütig angenommenen "Manifest", einem Aufruf an die Völker, werden die Beschlüsse der vorherigen Sozialisten-Kongresse für den Frieden, gegen den Krieg bestätigt, wird das Proletariat aufgefordert, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung eines Krieges einzusetzen und ihn, falls er dennoch ausbreche, zu nutzen, um den Kapitalismus zu stürzen, wobei der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands die Hauptverantwortung obliege.

Der Baseler Kongress stellt ohne Zweifel den Höhepunkt in der Geschichte der Sozialistischen Internationale dar - doch schon ein Jahr und acht Monate später, im Sommer 1914, brach diese Internationale, brach die stärkste ihrer Parteien, die SPD, die wichtigste Stütze und Kraft der Internationalen schmachvoll zusammen - mit Folgen, die weit in die Zukunft reichen sollten.

Da muss man fragen, wie so etwas möglich werden konnte. Ein Zusammenbruch, der doch im wahrsten Sinne des Wortes zumindest Europas Geschichte dramatisch veränderte! Und es muss doch nachdenklich stimmen, dass sich Katastrophen vergleichbaren Ausmaßes 1918/19, 1933, dann 1989/90 wiederholten. Gibt es da Zusammenhänge, die herauszufinden sind, damit man sich mit ihnen auseinandersetzen, Lehren für zukünftiges Handeln ziehen kann? Gibt es Schlüsselfragen, die in all diesen Fällen - sofern falsch beantwortet - desorientierend, das Kräftepotenzial spaltend, die Niederlage begünstigend gewirkt haben? Ich werde dem nur entlang des mir aufgegebenen Themas nachgehen, aber den einen oder anderen kurzen, aber wesentlichen Blick auf die anderen genannten Ereignisse richten.

Der "Sommer" 1914 - oder: Die Massen gegen den Krieg auf den Straßen, ihre "Führer" an geheimen Orten techtelmechtelnd mit den Kriegstreibern

Als am 24. Juli 1914 allgemein bekannt wurde, dass der Krieg vor der Tür stehe, rüttelte dies die Volksmassen auf. Der Parteivorstand nahm noch eine Resolution Clara Zetkins gegen den Krieg an. Man beachte, dass zu dieser gleichen Zeit führende Vertreter der Reichstagsfraktion bereits der

Regierung signalisierten, dass diese sich nicht sorgen müsse, die Sozialdemokratie werde dem Kriegstreiben in den Arm fallen. Und ab 26. Juli protestierten 37 000 in Leipzig, 5000 in München, einen Tag danach 35 000 in Dresden, 6000 in Kiel und Elberfeld, 10 000 in Bremen und 7000 in Bielefeld, je 6000 in Trier und Elberfeld, Tausende in Braunschweig und Köln, wobei diese Aufzählung noch nicht vollständig ist. In Berlin fanden am 28. Juli 13 riesige Versammlungen mit Zehntausenden Besuchern statt. Zu lesen ist: "Diese Katastrophe mit aller Kraft zu verhindern, erachtet das klassenbewusste Proletariat aller beteiligten Länder eingedenk der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel, im gegenwärtigen Augenblick als eine dringendste heilige Aufgabe.

Heldenhaft hat das russische Proletariat dem blutrünstigen Zarismus das drohende Menetekel vor Augen geführt. Es lässt sich weder widerstandslos ausbeuten noch als bloßes Werkzeug zaristischer Gewaltpolitik missbrauchen.

Durch flammenden Protest haben das deutsche wie das französische Proletariat den Abscheu vor dem verbrecherischen Treiben der Kriegshetzer zum energischen Ausdruck gebracht.

Auch das nächstbeteiligte österreichische Proletariat hat mit Entschlossenheit jede Verantwortung für das Verhalten seiner Regierung abgelehnt.

Es ist also nicht wahr, dass die großen Massen dieser Länder sich in kriegerischer Stimmung befinden. Sie wollen vielmehr allen Chauvinisten zum Trotz den Frieden der Welt.

Die Kriegshetzer sollen wissen, daß, wenn der Weltkrieg ausbricht mit allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzurütteln und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu Sozialismus mächtig zu beschleunigen.

Trotzdem setzt das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Leidenschaft allen Kriegshetzern entgegen."¹³

Oder: "Gegen drohenden Krieg hatte die Berliner Sozialdemokratie in allen Stadtbezirken in vielen Sälen öffentliche Versammlungen einberufen. Die Genossen wurden angewiesen, auf den Straßen vor den Versammlungsstätten Aufstellung zu nehmen. Die Säle und Versammlungsräume sollten von den nichtorganisierten Arbeitern eingenommen werden. Zu ihnen sprachen die Referenten. Alle Säle waren überfüllt.

Alle Versammlungen endeten zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die vor den Sälen stehenden Genossen setzten sich an die Spitze der Versammlungsteilnehmer, bildeten Demonstrationzüge und marschierten in Richtung Unter den Linden." Vor dem Gewerkschaftshaus versammelten sie sich zu einem großen Demonstrationzug. So war es in ganz Berlin. 'Mann der Arbeit, aufgewacht, und erkenne deine Macht! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie!' So schallte es immer wieder durch die Straßen bis zu den Linden. Hier verschmolz unser Zug mit einer mächtigen Demonstration von Kriegsgegnern. Wir waren stolz und siegesbewusst. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei waren in vollem Gange. Kriegslüsterne Gegendemonstranten bezogen tüchtig Prügel. Die Arbeiterfäuste packten hart zu."

Es wird über eine große Versammlung berichtet, auf der Otto Wels sprach. Er habe das Grauen des Krieges heraufbeschworen. "Da er aber nicht sagte, was getan werden soll, um den Beginn des Krieges zu verhindern, wurden wir stutzig. Sollte hier ein falsches Spiel getrieben werden? fragten wir uns." In der anschließenden Funktionärsversammlung habe Wels dann erklärt, der Beginn des Krieges könne nicht mehr verhindert werden. "Diese Mitteilung entfesselte einen wahren Proteststurm." Wels sei Verrat vorgeworfen worden, der sei wütend aufgesprungen und habe geschrien, man könne mit den Genossen nicht diskutieren. In weiteren Versammlungen seien die Auseinandersetzungen immer schärfer geworden, habe sich die Spaltung als unvermeidlich herausgestellt.¹⁴

So war das mit den Arbeitern. Und wie war es mit den revisionistischen "Führern"?

Im Manifest des Parteivorstands vom 25. Juli 1914 hieß es noch: "Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"¹⁵ Doch nur wenige Tage danach geschah das Unvorstellbare: Die Parteiführung, die Parlamentsfraktion stimmten am 4. August den Kriegskrediten für den deutschen Imperialismus und Militarismus zu! In der Staats- und Machtfrage hatten Opportunismus und Revisionismus den Rubikon überschritten, man war dem Imperialismus und Militarismus an die Seite getreten! Und die Zentristen sollten ihnen folgen. Das war der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Ihre politische Führung verabschiedete sich von allem, was das Wesen einer sozialistischen Klassenpartei ausmachte und begrub damit nicht nur die SPD als eine sozialistische Partei, sondern zugleich damit die Internationale als eine sozialistische.

Dies alles erforderte eine chauvinistische Hetzwelle sondergleichen - die sich jedoch durchaus Vorbereitungen bedienen konnte, man denke nur an die Problematik der Kolonialfrage. Die Gehirnwäsche wurde mit überbordenden Geschichtslügen ausgebaut. So hieß es, alle Staaten seien in diesen Krieg, den doch niemand gewollt habe, nur so hineingeschlittert. Als ob es den zitierten Brief des Kaisers an den Kanzler Bülow aus dem Jahre 1905 oder den "Panther-Sprung" nach Agadir, den Schlieffen-Plan von 1905 nicht gegeben hätte. Oder es hieß, Deutschland hätte sich gegen den Zarismus zu verteidigen, sei doch selbst national bedroht und müsse sich verteidigen. Das sagte auch einmal Bebel im Reichstag (im März 1904), er hatte nicht erfasst, dass im Imperialismus neue nationale und internationale Bedingungen entstanden, der Zarismus nicht mehr, wie im 19. Jahrhundert, das Bollwerk der europäischen Reaktion gegen den gesellschaftlichen Fortschritt war. Bebel hatte damit, ohne es zu wollen, den Opportunisten die Arbeit erleichtert. Als ob man nicht in völlig neuen, imperialistischen Bedingungen konfrontiert sei mit einem Russland, einem Zarismus, der durch einen verlorenen Krieg und eine Revolution doch bereits schwer angeschlagen war. Von dieser Geschichtslüge ausgehend, gaben die Zentristen den Krieg als Verteidigungskrieg aus, einen Krieg, den sie zwar in Worten verurteilten, als Verteidigungskrieg jedoch für solange nötig hielten, bis die deutschen Grenzen gesichert seien. Und Kautsky, das Haupt der Zentristen, erklärte: Die Internationale sei wesentlich ein Instrument für den Frieden, für eine Tätigkeit im Krieg nicht geeignet.¹⁶

Von der Rechtfertigung des Krieges gingen sie dann zu dessen direkter Unterstützung über: So fragten die opportunistischen Gewerkschaftsführer beim Sicherheitsapparat an, wie es den Gewerkschaften im Krieg ergehen werde. Ihnen wurde geantwortet: "Wir denken nicht daran, Ihnen zu Leibe zu gehen, falls Sie uns keine Schwierigkeiten machen, denn wir sind froh, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen kann."¹⁷

Und nun zwei Dokumente aus der Führung der Partei und der Reichstagsfraktion. Zunächst aus Davids Tagebuchnotizen über eine Besprechung mit Staatssekretär von Delbrück, in dem er die Kriegsziele der reformistischen SPD-Führer Max Cohen, Eduard David, Robert Schmidt, Georg Schöpflin, Otto Wels, Paul Göhre nannte: "Wegnahme des Kongo-Staates und Bildung eines großen deutschen Kolonialreichs durch das äquatoriale Afrika hindurch. Frankreich müsse das französische Kongoland dreingeben. Tanger als deutscher Flottenstützpunkt. Deutschland erhält damit ein Feld für seine expansiven Kräfte. Für Belgien und Frankreich bedeuten diese Verluste keinen nationalen Eingriff. Die Eingeborenen der betroffenen Länder gewinnen nur durch den Übergang in die deutsche Verwaltung. Die Kollegen sind der gleichen Meinung, glauben auch, dass man damit bei der großen Mehrheit der Partei keinen Widerstand fände."¹⁸ Noch weiter aus dem Tagebuch Eduard Davids über diese Unterredung mit dem Staatssekretär am 24. 8. 1914: "Die politische Macht dieser Frage" (der Wahlrechtsreform) "müsse auch die Regierung anerkennen. Und da sei es mit

kleinen Dingen nicht getan. Hier gebe es nur eine Gabe, die groß genug sei: die preußische Wahlreform im demokratischen Sinne ...

Ich lasse auch keinen Zweifel darüber, dass, falls diese Enttäuschung" (keine Wahlrechtsreform) "eintrete, die Partei geschlossen die radikale Taktik aufnehmen wird. Auch vom Standpunkt der Männer, die auf der rechten Seite der Partei stehen, gebe es dann keinen anderen Ausweg mehr zur Durchsetzung einer demokratischen Umgestaltung in Preußen. Ich für meine Person würde diese Wendung tief bedauern, denn sie vernichte jede Hoffnung, auf dem Wege, den ich von je als den richtigen, durch die Logik der Tatsachen und das Interesse des Landes gebotenen angesehen habe, nämlich auf dem Wege der reformistischen Taktik zum Ziele zu gelangen. Auf der anderen Seite soll die Regierung sich klar werden, was sie gewinnen könne durch eine rasch gebotene Wahlreform. Sie schaffe die Basis für die Wandlung unserer Partei zu einer nationalen Demokratie ... Herr Delbrück anerkennt die Notwendigkeit, mit der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, um die großen Aufgaben zu lösen, vor die wir gestellt seien ... Hinsichtlich der preußischen Wahlreform könne er jedoch zur Zeit nichts Bestimmtes sagen. Da kämen ja noch andere mitentscheidende Faktoren in Frage."¹⁹

Und nun aus dem Brief Albert Südekums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 29. Juli 1914: "Euer Exzellenz mache ich hierdurch Mitteilung über den Verlauf meiner Unterredung mit den Mitgliedern des Vorstands der Soziald. Partei nach unserem heutigen Gespräch und gebe diese mit der vollkommenen Offenheit, die ich der Sache und Eurer Exzellenz persönlich schulde. Ich traf im Büro des Partei-Vorstands die Herren Ebert, Braun, Müller, Bartels und den Reichstagsabg. R. Fischer - Bln. Herr Scheidemann ist in Bln., war aber abwesend, Herr Haase ist noch in Brüssel, wird aber morgen zurückerwartet. Zunächst trug ich mit möglicher Genauigkeit diejenigen Teile der mir gemachten Eröffnungen vor ... Bei der dann folgenden Aussprache erhielt ich zunächst die Bestätigung meiner Bemerkung, daß - gerade aus dem Wunsche heraus, dem Frieden zu dienen - keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten sei ... Endlich darf ich aber noch der aus der Unterredung mit den Mitgliedern des Partei-Vorstands geschöpften Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der von Eurer Exzellenz unternommene Schritt gelegentlicher direkter Mitteilung in kritischen Momenten dankbar begrüßt und auf volles und sympathisches Verständnis gestoßen ist ... Dr. A. Südekum"²⁰

Da hat einer "Meldung" erstattet, man beachte den unterwürfigen Ton, in dem dies geschah! Die Führung der SPD fühlte sich verpflichtet, der kaiserlichen, der imperialistischen, der militaristischen Regierung mitzuteilen, wie sie sich im Kriegsfall verhalten bzw. nicht verhalten werde.

Es gibt hierzu eine frappierende parallele Entwicklung; sie fand im Januar/Februar 1933 statt. Als Hitler im Zusammenhang mit der ersten Sitzung seines Kabinetts die Sorge äußerte, die SPD könne dem Aufruf der KPD zum gemeinsam zu organisierenden Generalstreik zustimmen, informierte Göring, er habe mit dem der SPD angehörenden früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe gesprochen; der habe signalisiert, die SPD werde nicht dem Aufruf der KPD folgen, wenn sie die Gewissheit erlange, es komme bald zu neuen Reichstagswahlen. Das genügte, um die SPD-Führer still zu stellen, und wie Hitler und Göring diese neue Wahl "vorbereiteten", ist allseits bekannt: Wahlen waren das Linsengericht, das die SPD-Führer fraßen.

Einige Schlussbemerkungen

Wir konnten sehen, wie Schritt für Schritt die Preisgabe des Marxismus eingeleitet, die Einheit der drei Seiten des Klassenkampfes - des ökonomischen, politischen und des ideellen - aufgegeben wurde. Der sozialökonomische Kampf wurde losgelöst von der Partei, der alleinigen Führung durch die Gewerkschaft überlassen, zwar der politische Kampf für die Partei "reserviert", ihr aber scharfe Waffen wie das politische Streikrecht genommen. Faktisch bedeutete das, ihn wesentlich nur der Reichstagsfraktion, ihn allein dem parlamentarischen Wirken zu überlassen und damit die Masse

der Parteimitglieder in die bloße Abwartehaltung zu versetzen. Immer mehr konzentrierte sich dies auf die Problematik des Wahlrechts. Bebels Wort "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" wurde, vor allem durch die süddeutschen Liberalen in der Partei, zurückgedrängt zugunsten der Bewilligung der Etats der bürgerlichen Staatsmacht. Dass man es in den Kontrahenten um einen brutal entschlossenen Klassenfeind zu tun hatte, wurde nicht mehr wahrgenommen. Auf ideellem, ideologischem Gebiet wurde der Marxismus durch idealistisches Geschwafel ersetzt. Der Marxismus war auf dem ganzen Feld aus der Sozialdemokratie verdrängt worden. Er musste sich eine andere Heimat suchen - und die fand er bei der revolutionären Linken. Doch damit beginnt ein völlig neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen - und nicht nur der deutschen - Arbeiterbewegung.

Anmerkungen

- 1 Die Auseinandersetzung um das Wahlrecht hatte zumindest zwei Seiten. Dem sogenannten normal denkenden Menschen will es nicht einleuchten, dass Frauen und jungen Männern unter 25 Jahren (die dürfen in den Krieg, Menschen umbringen, sich selbst umbringen lassen) keinerlei Stimmrecht zugebilligt wurde. Sie konnten es nicht akzeptieren, dass ein Großgrundbesitzer oder ein Professor oder ein Offizier ein mehrfaches Stimmrecht als ein Arbeiter haben sollte, wie dies das geltende Mehrklassen-Wahlrecht festgelegt hatte. Bei der Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus am 3. Juni 1913 erhielt die SPD bei 775 171 Stimmen (28,38 Prozent) 10 Sitze, die Freikonservative Partei für 54 583 Stimmen oder 6,72 Prozent 54 Sitze! Insofern war der Kampf um freie, gleiche und geheime Wahlen ein urdemokratisches Thema. Nur die Tendenz, das Demokratiethema, das Macht- und das Staatsthema auf dieses Problem zu reduzieren, erreichte nicht die Einsichten und Erkenntnisse des Marxismus.
- 2 Die sogenannte Hunnen-Rede des Kaisers, in: Deutsche Geschichte, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1964, Band 2, S. 688 f.
- 3 Generalfeldmarschall Graf Waldersee. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin 1966, Band 2, S. 334/335.
- 4 Wilhelm II. am 31. Dezember 1905 an Reichskanzler Fürst Bülow, in: Deutsche Geschichte, Berlin 1965, Band 1, S. 727.
- 5 W. I. Lenin, Zwei Welten. In: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 2, S. 295 ff.
- 6 Kriwogus/Stezkewitsch, Abriss der Geschichte der I. und II. Internationale, Dietz Verlag, Berlin 1960 informieren: Macdonald, van Kol, David und Bernstein traten für das Recht der Imperialisten ein, Kolonien als Rohstoffbasis zu nutzen, die Völker der Kolonien seien zur Selbstregierung unfähig, sie seien zu betreuen und zu zivilisieren, kritisierten die Linken wegen ihrer "unfruchtbaren Negation", forderten eine "sozialistische Kolonialpolitik". Zwar setzten sich die von den Bolschewiki und Linksozialisten verteidigten marxistischen Positionen zum Thema Kolonialpolitik durch, doch traten die Delegierten aus Ländern mit Kolonialbesitz für revisionistische Forderungen ein.
- 7 Lenin schrieb dazu später, "dass der internationale Marxismus gegen den Imperialismus, der internationale Opportunismus schon damals für den Imperialismus eintrat". (W. I. Lenin, Sozialismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 19 durch, 242 f.
- 8 Lassalles Staatsverständnis unterschied sich von Anfang an von jenem des Marxismus. So war er der Auffassung, für seine Idee der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe (!) Bismarck gewinnen zu können. Und sein späterer "Schüler" David meinte, die Zustimmung zur Deckungsvorlage - d. h. de facto zum Haushalt des deutschen Imperialismus - habe dem Parteiprogramm entsprochen, sei ein Schritt hin zum Sozialismus!
- 9 Aus dem Beschluss des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Institut für Marxismus-Leninismus. Chronik, Berlin 1965, Teil I, S. 235.

- 10 Clara Zetkin, ebenda, S. 239.
- 11 Emser Depesche: 1870 war der spanische Thron neu zu besetzen. Darüber kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und Napoleon III. (Preußen und Frankreich), in deren Verlauf Bismarck eine Note Napoleons III. so "redigierte" (dies wurde Emser Depesche genannt), dass dieser sich beleidigt fühlen und Preußen/Deutschland den Krieg erklären musste. Der Krieg von 1870/71 war also von Bismarck bewusst provoziert worden.
- 12 W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 2, S. 295.
- 13 Aus der Resolution der Berliner Arbeiterschaft gegen die Kriegsgefahr, angenommen in Versammlungen am 28. Juli 1914, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 2, S. 428 f.
- 14 Aus Erinnerungen Carl Litkes und Alfred Mühls an die Antikriegsaktionen der Berliner Arbeiter Ende Juli 1914, ebenda, S. 429 f.
- 15 "Manifest" des Parteivorstands der SPD vom 25. 07. 14. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 493.
- 16 Karl Kautsky. In: "Die Neue Zeit", 33. Jahrgang 1914/15, Erster Band, S. 248.
- 17 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 2, S. 216.
- 18 Ebenda, S.248.
- 19 Ebenda, S. 433/434.
- 20 Ebenda, S. 430 f.

Hermann Kopp/Dr. Peter Strutynski

Friedensbewegung und Arbeiterbewegung: Zwischen Pazifismus, Antimilitarismus, Patriotismus und Menschenrechten. Thesen zum 100. Jahrestag des Basler Sozialistenkongresses

Der Basler Sozialistenkongress am 24. und 25. November 1912 gehört zweifellos zu den Höhepunkten der proletarischen Antikriegsbewegung. Aufgeschreckt vom kurz zuvor entfesselten Balkankrieg kamen über 500 Delegierte aus 23 Staaten zusammen, um Verabredungen im Kampf gegen einen drohenden europäischen Krieg, der durchaus schon als kommender Weltkrieg wahrgenommen wurde, zu treffen. Bemerkenswert war der Ort der Versammlung: Die Sozialisten tagten im Münster von Basel, das ihnen der zuständige Pfarrer Täschler zur Verfügung gestellt hatte. Bemerkenswert aber auch die Ernsthaftigkeit der Beratungen und vor allem das einmütig verabschiedete "Manifest über die Kriegsgefahr und die Aufgaben des internationalen Proletariats", das kein geringerer als Jean Jaurès vortrug. Jaurès wurde neun Monate später von einem französischen Chauvinisten ermordet - so als müssten die letzten großen Antimilitaristen aus dem Weg geräumt werden, bevor das große Völkermorden im August 1914 beginnen konnte. Das Manifest von Basel machte es der internationalen Arbeiterbewegung zur Aufgabe, den drohenden Krieg zu verhindern und, falls das nicht möglich wäre, "für dessen rasche Beendigung einzutreten" und die dabei entstehende politische Krise zu nutzen, um "die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen". Bemerkenswert - und von Lenin besonders lobend hervorgehoben - war schließlich auch die konkrete Zuweisung politischer Aufgaben an die verschiedenen nationalen Abteilungen der Arbeiterbewegung.

Doch die vielen antimilitaristischen Manifestationen am Vorabend des 1. Weltkriegs konnten den drohenden Krieg nicht aufhalten; ja, eine weit verbreitete Antikriegsstimmung in der arbeitenden Bevölkerung und in Teilen der Intelligenz schlug binnen kurzem in eine Kriegszustimmung um, die oft chauvinistische Züge annahm. Die Entwicklungen in Arbeiterbewegung und Friedensbewegung zu skizzieren, die dem vorausgingen, den Ursachen für die mehr oder weniger hilflose ideologische und emotionale Auslieferung dieser Bewegungen an die Kriegspropaganda der Herrschenden nachzugehen, scheint uns auch mit dem Blick auf heute sinnvoll zu sein. Wir werden das im Folgenden thesenhaft versuchen.

(1) Die Herausbildung der Arbeiterbewegung, als einer Bewegung von Lohnabhängigen, die sich ihrer gemeinsamen, von den Interessen anderer Klassen, insbesondere der Bourgeoisie unterschiedener bewusst werden, sich entsprechend organisieren und organisiert für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse, für soziale und politische Rechte bis hin zur Überwindung des Lohnsystems kämpfen - kurz: von der Klasse an sich zur Klasse für sich werden -, war ein Prozess, der sich über mehrere Jahrzehnte hinzog. Seine Anfänge in Deutschland fallen in die 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts. Da dieser Prozess eng an die Formierung eines modernen Industrieproletariats gebunden war, gewann er an Tiefe und Breite, als die industrielle Revolution immer weitere Teile der gesellschaftlichen Produktion erfasste. Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Gründung des ADAV 1863, als einer ersten politischen Arbeiterorganisation mit Masseneinfluss, und dann, 1869, die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren "Eisenacher Programm" bereits wesentlich von den Ideen von Marx und Engels geprägt war und die sich als Teil der 1864 gegründeten "Internationalen Arbeiter-Assoziation" verstand.

Der Kampf um den Frieden spielte in diesen Formierungsjahren der Arbeiterbewegung eine dem "Kampf um das Brot" untergeordnete Rolle. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Arbeiterbewegung jener Zeit von zwei - auch von anderen gesellschaftlichen Kräften unhinterfragten - Voraussetzungen ausging: Einmal galt das Führen von Kriegen als selbstverständliches "Recht" souveräner Staaten. Das ius ad bellum, das Recht zum Krieg, war Bestandteil des damals geltenden Völkerrechts, das insofern seit dem Westfälischen Frieden 1648 von den souveränen Staaten - unabhängig von ihrer jeweiligen Staatsform und ihrem Regime - in

Anspruch genommen wurde. Zweitens wurde, damit eng zusammenhängend, die Existenzberechtigung bewaffneter Streitkräfte nicht in Frage gestellt. Alle drei Parteiprogramme der deutschen Sozialdemokratie, das Eisenacher Programm 1869, das Gothaer Programm 1875 und das Erfurter Programm 1891 forderten nicht die Abschaffung des Militärs, sondern dessen Umwandlung in ein Volksheer. Die "allgemeine Volksbewaffnung" war schon ein Bestandteil der "Forderungen der Kommunistischen Partei" vom März 1848 gewesen, wenn auch nicht des zuvor verfassten "Kommunistischen Manifests". Zum Thema "Krieg und Frieden" formulierte das "Manifest" lediglich einen Zustand nach dem - als "gewaltsam" vorgestellten - "Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung": "Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."¹ Frieden ist also im Inneren wie in den Außenbeziehungen erst mit der Überwindung des bürgerlichen (oder feudalen) Klassenstaats denkbar.

(2) Sozialökonomische Fragen, die sich auf den strukturellen Zusammenhang von Klassenstaat und seinen inneren wie äußeren Repressionsinstrumente bezogen, wurden in zahlreichen Grundlagentexten von Marx und Engels, später von Karl Kautsky und Franz Mehring thematisiert und fanden auch Eingang in die sozialdemokratische Propaganda von Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht bis zu Rosa Luxemburg.

Inwieweit diese Gedanken von den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie rezipiert und verinnerlicht wurden, bleibt allerdings fraglich - stießen sie sich doch mit einer auch in den "Unterschichten" verbreiteten Staatsgläubigkeit, die schon von Lassalles Kungelei mit Bismarck befördert worden war und sich durch den Sieg über Frankreich von 1870/71 eher bestätigt sehen durfte. Der "Antimilitarismus" gerade der deutschen Sozialdemokratie machte sich oft genug an Äußerlichkeiten fest: etwa dem schon von Engels karikierten Stechschritt oder dem Respekt vor der preußisch-deutschen Pickelhaube - verniedlichend dargestellt später in Zuckmayers ansonsten so grandiosem Lustspiel "Der Hauptmann von Köpenick".

(3) Ein anderes Herangehen an die Fragen von Krieg und Frieden seitens der Arbeiterbewegung erforderten dann freilich die Entwicklungen, die den Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium begleiteten. Als einer der ersten begriff das Friedrich Engels. Organisator des bewaffneten Widerstands in Elberfeld während der 48er Revolution, aktiver Kämpfer in deren letzter Phase, beim Aufstand in Baden, Autor von über 400 längeren und kürzeren Arbeiten zu Militärfragen - die ihm im Freundeskreis den von Jenny Marx geprägten Spitznamen "Der General" eintrugen - war er über jeden Verdacht erhaben, ein allem Militärischen abholdes "Weichei" zu sein. Aber in seiner Beschäftigung mit militärischen Problemen ist eine deutliche Akzentverschiebung festzustellen: galt das Interesse des jungen Engels vor allem Fragen der Kriegsplanung und Kriegführung - "[d]ie enorme Wichtigkeit, die die *partie militaire* [die militärische Seite] bei der nächsten Bewegung bekommen muss", nannte er 1851, neben "eine[r] alte[n] Inklination" als einen der Gründe, die ihn veranlassten, "Militaria zu oxsen", schrieb er in einem Brief an seinen Freund Weydemeyer (der war Leutnant in der preußischen Armee gewesen)² -, so beschäftigten ihn seit den 1880er Jahren zunehmend Fragen der Kriegsverhütung.³

Die Ursachen für diese Akzentverschiebung sind wohl in drei Entwicklungen zu suchen:

Erstens war eine Periode von Volkskriegen und -aufständen - etwa der Bürgerkrieg in den USA oder der polnische Aufstand 1863 gegen Zarenherrschaft - zunächst abgeschlossen;

zweitens weckten die Erfolge, welche die Sozialdemokratie auf politischem Gebiet zu verzeichnen hatte, die Hoffnung, auch auf friedlichem Weg zu einer sozialen Umwälzung zu kommen;

drittens und vor allem aber befürchtete Engels, und nicht nur er, dass das Wettrüsten die Gefahr eines großen Krieges, und dass die militärtechnischen Fortschritte das Gefahrenpotential eines

Krieges ungeheuer erhöhen würden. Engels, dessen Vorstellungen von einer sozialistischen Revolution sich lange, nicht anders als die von Marx, an der "klassischen" französischen Revolution von 1789-94 orientiert hatten, sah zugleich, dass diese "Fortschritte" überdies eine neue revolutionäre Taktik erfordern würden.

1892 schreibt er an Paul Lafargue: "Die Zeitungsberichte über die entsetzliche Wirkung der neuen Sprenggeschosse in Dahomey [wo Frankreich damals einen kolonialen Eroberungskrieg führte] werden Sie gelesen haben. Ein junger Wiener Arzt ... hat die Verwundungen gesehen, die die österreichischen Sprenggeschosse bei dem Streik von Nürmitz angerichtet haben, er sagt uns dasselbe. Natürlich wollen die Menschen, die sich der Gefahr aussetzen, auf diese Weise in Stücke gerissen zu werden, wissen, warum. Das ist ausgezeichnet, um den Frieden zu erhalten und auch um die sogenannten revolutionären Anwandlungen im Zaum zu halten, auf deren Explodieren unsere Regierenden nur warten. Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist für immer vorüber; wenn sich die Truppe schlägt, wird der Widerstand Wahnsinn. Also ist man verpflichtet, eine neue revolutionäre Taktik zu finden. Ich habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, bin aber noch zu keinem Ergebnis gekommen."⁴

Und schon fünf Jahre zuvor, Ende 1887, hatte er jene bekannten, prophetisch anmutenden Sätze formuliert: "Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse. - Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt."⁵

Angesichts solch gespenstischer, aber wie sich zeigen sollte: sehr realistischer Perspektiven bekommt die Frage der Kriegsverhütung ein viel höheres Gewicht. Und erfordert damit auch die Zusammenarbeit mit Friedenskräften, die der Arbeiterbewegung sozial recht fern stehen. Aus dieser Einsicht heraus hatte z. B. das sozialdemokratische Zentralorgan "Vorwärts" in dem Anfang 1983 Engels' realpolitische Schrift "Kann Europa abrüsten?" erschien, schon kurz zuvor auch den Roman "Die Waffen nieder!" der adligen Friedensaktivistin Bertha v. Suttner in Fortsetzungen veröffentlicht. Und stellte der Basler Stadtpfarrer für den Friedenskongress der Sozialisten das dortige Münster zur Verfügung!

(4) Doch standen große Teile der Arbeiterbewegung, und nicht zuletzt auch ihres revolutionären Flügels, bürgerlichen Friedenskräften noch lange distanziert gegenüber. Davon zeugt z. B. Rosa Luxemburgs im Mai 1911 veröffentlichter Aufsatz "Friedensutopien".⁶ "Unsere Aufgabe" bestehe *"in erster Linie* darin, ... den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuarbeiten. ... Die Sozialdemokratie kann ... ihren Beruf *nur* darin erblicken, die bürgerlichen *Anläufe zur Eindämmung des Militarismus als jämmerliche Halbheiten*, die Äußerungen in diesem Sinne, namentlich aus Regierungskreisen, als diplomatisches Schattenspiel zu *entlarven* und dem bürgerlichen Wort und Schein die rücksichtslose Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit entgegenzustellen." (Hervorhebungen von uns) Eine solche Position unterschätzt u. E. sowohl den Sinn und die Berechtigung von Übergangsforderungen (= "Halbheiten") als auch die Notwendigkeit eines breiten

Bündnisses, zumal angesichts der drohenden Kriegskatastrophe. Sie wird aber in gewisser Weise verständlich, wenn man in Rechnung stellt, dass Luxemburg sich im selben Artikel völlig zu Recht vehement gegen die in der Tat illusionäre, gefährliche und - siehe Friedensnobelpreis für die EU! - höchst aktuelle Vorstellung Georg Ledebours und Karl Kautskys wenden musste, dass "die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa" "das Gespenst des Krieges für immer bannte".

Die Auseinandersetzung innerhalb des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung um die richtige Strategie, Bündnisstrategie, im Kampf um den Frieden war auch nach dem 1. Weltkrieg nicht beendet. Sie auch nur grob nachzuzeichnen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes völlig sprengen. Hier seien nur zwei wichtige Einschnitte vermerkt:

Erstens entwickelte Lenin - der dem "Revolutionsexport", siehe Polenfeldzug 1920, zunächst keineswegs ablehnend gegenüber gestanden hatte - schon bald darauf die Konzeption der "friedlichen Koexistenz" von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; sie trug im Vertrag von Rapallo vom April 1922 mit der kapitalistischen Weimarer Republik ihre ersten Früchte.

Und *zweitens* führten die US-amerikanischen Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki 1945 allen Klardenkenden vor Augen, dass die Selbstvernichtung der Menschheit zur *realen* Möglichkeit geworden war. Als eine vorerst *theoretische* hatte sie bereits Karl Liebknecht in seiner 1907 erschienenen Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" gesehen: "Und in der Tat können wir damit rechnen, dass, wenn auch in einer fernen Zukunft, die Technik, die leichte Beherrschung der gewaltigsten Naturkräfte durch den Menschen, eine Stufe erreichen wird, die eine Anwendung der Mordtechnik überhaupt unmöglich macht, weil sie Selbstvernichtung des Menschengeschlechts bedeuten würde ..."⁷

Wir sagten: allen *Klardenkenden* musste das bewusst sein. Etliche Militärs und Politiker des imperialistischen Lagers gehören nicht in diese Kategorie. (Sowohl beim Koreakrieg - schon 1949 hatte auch die Sowjetunion die Atombombe - als auch beim Vietnamkrieg wurde von den USA der Einsatz von Nuklearwaffen ernsthaft erwogen.) Der Stockholmer Appell vom März 1950 zur Ächtung der Atomwaffen und vor allem ihres Ersteinsatzes, von vielen Nicht-Kommunisten wie Albert Einstein getragen und unterzeichnet⁸, war ein Ergebnis dieser Einsicht. Verbreitet wurde er, jedenfalls in der BRD, vor allem von KommunistInnen, die dafür zahlreichen staatlichen Repressionen ausgesetzt waren.⁹

1960 hat dann auch eine Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien die Erhaltung des Friedens zum "brennendsten Problem unserer Zeit" erklärt.¹⁰ Spätestens seither sehen das - lassen wir die eine oder andere sich als kommunistisch bezeichnende Sekte beiseite - alle KommunistInnen so. Und bemühen sich seither um die Zusammenführung aller Friedenskräfte, unabhängig von ihren weltanschaulichen Positionen und ihrer sozialen Zugehörigkeit.

(5) Allerdings: Der Imperialismus hat auch eine neue Form des Opportunismus in der Arbeiterbewegung hervorgebracht. Der "alte" (Lassallesche) Opportunismus war gewissermaßen noch Ausdruck der Unentwickeltheit, der Schwäche der Arbeiterbewegung gewesen; des Glaubens, man müsse und könne, wie die utopischen Sozialisten, die Herrschenden (im Falle Lassalles in Gestalt Bismarcks) für eine "sozial gerechte" Lösung der sozialen Frage gewinnen; der neue, imperialistische Opportunismus basiert, sozialökonomisch gesehen, darauf, dass Teile der Arbeiterklasse, und vor allem wichtige ihrer Repräsentanten, eben mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Auf die Möglichkeit, den britischen Arbeitern Gratifikationen durch Extraprofiten aus der Auspressung der Kolonien anzubieten, hatte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts John A. Hobson ("Der Imperialismus") hingewiesen. Lenin knüpfte später in seiner Imperialismus-Schrift daran an und sprach in dem Zusammenhang von einer sich herausbildenden Arbeiteraristokratie. In Deutschland dürfte zu jener Zeit die Hebung des Einkommensniveaus und des Status von Teilen der Arbeiterschaft durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die Verheißung auf Belohnung durch den angestrebten "Platz an der Sonne" eine korrumpierende Rolle gespielt haben. Streiks und

Arbeitskämpfe waren eher in zivilen Branchen und Unternehmen zu verzeichnen, kaum in der Kriegsproduktion und der Schwerindustrie.

Wobei wir nicht vergessen wollen, dass die gesamte Arbeiterklasse tagtäglich, "von der Wiege bis zur Bahre", der Ideologie der Herrschenden, einem extremen Nationalismus und, gegenüber den "Wilden" in den Kolonien, Rassismus ausgesetzt war. Und dass gerade die deutsche Bourgeoisie es schon damals glänzend verstand, eigentlich berechnete Emotionen der Werktätigen für ihre Interessen nutzbar zu machen. Das galt z. B. für den Hass auf den reaktionären Zarismus, der der gesamten internationalen Arbeiterbewegung eigen war. Auch das Baseler Manifest sieht im Zarismus den "grimstigste[n] Feind der Demokratie", "dessen Untergang herbeizuführen die gesamte Internationale als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen" müsse. Die Chance, daraus keine zwei Jahre später eine "Begründung" für den Krieg gegen das zaristische Russland zimmern, ließen sich die Herrschenden im Deutschen Kaiserreich und in der k. u. k. Monarchie natürlich nicht entgehen. Die sozialpsychologischen Mechanismen, die zur Identifikation auch vieler Arbeiter mit den Zielen und Werten der Bourgeoisie führten, hat Carl Sternheim in seinem Stück "Bürger Schippel" und hat Heinrich Mann in der Gestalt des Arbeiterführers Napoleon Fischer in seinem Roman "Der Untertan" sinnfällig herausgearbeitet. Mann schrieb im Mai 1919, mit Bezug auf das imperialistische Vorkriegsdeutschland: "Ein Zeitalter scheidet sich nicht, es ist eins. Klassenkämpfe geschehen an der Oberfläche, in der Tiefe sind alle einig." Den Hinweis auf diese Äußerung verdanken wir der DDR-"Geschichte der deutschen Literatur"; sie wird dort kritisch bewertet, als "Resultat einer im letzten undifferenziert bleibenden, bürgerlich-idealistischen Gesellschaftssicht. Eine Gesellschaft wird danach beherrscht von einer einzigen Geistesart, die das ganze Leben durchtränkt."¹¹ Von Manns in der Tat allzu pauschalisierendem "alle" aber einmal abgesehen - liegt er damit nicht doch recht nahe sowohl bei Marxens Diktum, dass die herrschenden Ideen immer die Ideen der Herrschenden seien, als auch an der Realität? Und dies nicht nur in Bezug auf das wilhelminische Deutschland? Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

Opportunismus oder das Zurückschrecken vor der "revolutionären Tat", wie sie von Rosa Luxemburg in der Massenstreikdebatte als Option gefordert wurde, sind wohl die entscheidenden Gründe für die Begrenztheit des antimilitaristischen Widerstands gegen Rüstung und Krieg am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Und für das klägliche Versagen fast aller Parteien der 2. Internationale, allen voran der deutschen Sozialdemokratie, bei Kriegsausbruch.

Selbst das Baseler Manifest 1912, so klar darin die Analyse des Imperialismus und der drohenden Weltkriegsgefahr, der sich gegenseitig aufschaukelnden Hochrüstung, des gegen den äußeren und "inneren Feind" gerichteten Militarismus formuliert war, lässt dem Opportunismus insofern eine Hintertür offen, als es zwar zum Protest in den Parlamenten und Massenkundgebungen auffordert, aber die weiteren "Mittel" zur Verhinderung des befürchteten Krieges - "alle Mittel, die euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben" -, nicht konkret benennt. Die Forderung nach Ausrufung des politischen Generalstreiks (in der damaligen Terminologie: des Massenstreiks) hätte die Einmütigkeit, in der das Manifest verabschiedet wurde, gesprengt. Viele, wenn nicht gar die Mehrheit der Delegierten, die ihm im November 1912 "einmütig" zustimmten, fand der 4. August 1914 in den Reihen der Vaterlandsverteidiger ihrer jeweiligen "Kulturnation" wieder, nachdem sie wenige Tage zuvor noch bei "machtvollen" Antikriegs-Kundgebungen flammende Reden gegen den Krieg gehalten oder solchen Beifall gezollt hatten.

(6) Wenden wir uns der Friedensbewegung zu. Wodurch definiert sich, definieren wir die Friedensbewegung? Das sind die Kräfte, die sich, aus welchen Motiven auch immer, gegen die bewaffnete Durchsetzung von Interessen, die Lösung aller oder auch nur bestimmter aktueller Konflikte mittels Krieg einsetzen - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Zugehörigkeit. Teile der Friedensbewegung engagieren sich zugleich für die Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse, die Kriege unmöglich oder weniger wahrscheinlich machen sollen.

Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zur Arbeiterbewegung. Auch eine opportunistisch und chauvinistisch gewordene Arbeiterpartei, wie die Kriegskredite bewilligende und damit den Weltkrieg unterstützende SPD, ist immer noch Teil der Arbeiterbewegung, die sich vor allem (wenn auch nicht nur) durch ihre soziale Basis definiert; die Friedensbewegung definiert sich dagegen durch ihre Ziele: "Friedenskräfte", die sich für Krieg stark machen - man denke etwa an Joseph Fischer samt seinen Grünen -, sind keine Friedenskräfte mehr, sondern (allenfalls) Abtrünnige der Friedensbewegung.

(7) Die Friedensbewegung war im Wesentlichen eine bürgerlich-kleinbürgerliche Bewegung. Der Pazifismus-Forscher Karl Holl betont in seiner Geschichte des Pazifismus die "Homogenität in der sozialen Zusammensetzung" der Friedensbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts: "... zumeist waren selbständige Kaufleute, Industrielle, Bankiers, Anwälte, Beamte, Professoren, Pastoren beteiligt."¹² Das gilt auch für frühere Jahrzehnte. Die ersten Vereine oder Friedensgesellschaften, wie sie sich häufig nannten, wurden bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gegründet, teils aus idealistischen, teils aus religiösen Gründen. Ihnen allen war gemein, dass sie von der Möglichkeit überzeugt waren, Gewaltkonflikte zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte verhindern zu können. Die Erfahrungen aus dem Krim-Krieg (1853 - 1856), insbesondere der Belagerung Sewastopols mit seinen unvorstellbaren Opfern unter Soldaten und Zivilpersonen, und aus der Schlacht von Solferino 1859 führten sowohl zur Gründung einer kriegshumanitären Organisation, des Internationalen Roten Kreuzes, als auch letztlich zum Abschluss einer ersten völkerrechtlichen Konvention zur "Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen", der ersten "Genfer Konvention" 1864. Sewastopol und Solferino haben aber nicht nur wegen der besonders grausamen Kriegführung (Einsatz schwerer Artillerie), sondern auch infolge des Einsatzes von Kriegsberichterstattern und Kriegsphotografen das Gewissen der europäischen Öffentlichkeit erschüttert.

Die soziale Zusammensetzung der Friedensbewegung trug sicher dazu bei, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen des Militarismus in der Regel unverstanden blieben. Rüstung und Militarismus wurden nach Holl lediglich als "pathologische Erscheinung des nationalen und internationalen Systems interpretiert". Das gewaltträchtige und anarchische internationale System müsse sich in ein harmonisches System internationaler Zusammenarbeit umwandeln lassen - wozu die internationale Schiedsgerichtsbarkeit der entscheidende Hebel sei. So lebte die bürgerliche Friedensbewegung von Anfang an in einem grundlegenden Widerspruch zwischen ihrem Friedensappell auf der einen und ihrer sozialen Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse auf der anderen Seite. Diese konnte sich doch - schon vor der Epoche des Imperialismus - nur durch Militarismus und Krieg zur herrschenden Klasse entwickeln. Die Herausbildung der bürgerlichen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts war bekanntlich ganz wesentlich begleitet von Krieg und Gewalt. Daneben ergaben sich für den bürgerlichen Pazifismus aber auch ideologische Einfallstore. Etwa wenn es um die Verteidigung der "zivilisierten Welt" gegen die Bedrohung durch die russische (zaristische) Gefahr ging. Ein führender Pazifist, Otto Umfrid, trat nach Beginn des Krieges sogar für eine "friedliche Expansion" Deutschlands ein - im Namen der deutschen "Kulturnation"!

Die Friedensbewegung in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern orientierte sich darüber hinaus an der am Ende des 19. Jahrhunderts breit diskutierten Vorstellung, die hoch gerüsteten Staaten, deren Spannungen untereinander sich im Zeitalter des Imperialismus hochschaukelten, dazu zu bringen, ihre Streitigkeiten vor einem Internationalen Schiedsgericht schlichten zu lassen. Signalwirkung hatte dabei eine Anregung von Zar Nikolaus II. In der Literatur ist umstritten, ob er aus redlichen Motiven heraus diese Friedensinitiative ergriff oder ob er damit nur versuchen wollte, die Rüstungsmodernisierung der mit Russland verfeindeten Staaten (insbesondere Österreich-Ungarn) zu verhindern. Jedenfalls hatte er mit einem Friedensmanifest 1898 den Vorschlag gemacht, eine Internationale Staatenkonferenz einzuberufen, die dann ein Jahr

später in Den Haag auch stattfand (1. Haager Konferenz). Verhandelt wurden damals Fragen wie die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens oder die allgemeine Abrüstung. Immerhin mündeten diese Bemühungen in das I. Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle 1907 (auf der 2. Haager Konferenz). Ansonsten herrschte - ähnlich wie in der Arbeiterbewegung - die Vorstellung, bei aller Ablehnung von Krieg und Gewalt im Notfall doch auch zur "Verteidigung" bereit zu sein. Bei einem äußeren Angriff sei es in jedem Fall legitim, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen. Diese Haltung ist auch heute noch nicht zu beanstanden, entspricht sie doch auch dem Völkerrecht, in dem Fall der UN-Charta von 1945, die zwar die Staaten zum allgemeinen Gewaltverzicht verpflichtet (Art. 2), ihnen aber auch das Recht auf Verteidigung im Falle eines militärischen Angriffs von außen zubilligt (Art. 51). Ein besonderes Problem entsteht aber dadurch, dass es die Regierenden in der Regel sehr gut verstehen, auch noch den perfidesten Angriffskrieg als "Verteidigungs"-Maßnahme hinzustellen.

(8) 100 Jahre nach Basel stellen sich für die Friedens- und Arbeiterbewegung neue Probleme. Sie lassen sich aber durchaus auf Grundmuster der historischen Auseinandersetzung zurückführen. Es müssen lediglich ein paar Begriffe geändert und ein paar Sachverhalte näher erläutert werden. Entscheidend verändert hat sich, zumindest in Deutschland, die Einstellung breiter Bevölkerungskreise zu Krieg, Gewalt und Obrigkeit. Der zweimalige Weg in die Weltkriegskatastrophe, den die deutschen Eliten zu verantworten hatten, hat das Denken in militärischen Kategorien stark desavouiert. Dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, hat sich spätestens in der Folge des Zweiten Weltkriegs tief in das kollektive Bewusstsein der Menschen in West- und Ostdeutschland eingegraben. Dieses Bewusstsein verband sich in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs mit der Überzeugung, dass erfolgreiches Wirtschaften, soziale Wohlfahrt und internationale Anerkennung sich auch mit beschränkten Souveränitätsrechten und einer insgesamt zurückhaltenden Außenpolitik erreichen lassen. Bis zum heutigen Tag lässt sich die damit verbundene allgemeine Kriegsabstinenz der Bevölkerung in zahlreichen demoskopischen Studien belegen. (Dem widerspricht nicht, dass außen- und sicherheitspolitische Fragen so gut wie keine ausschlaggebende Rolle bei Wahlentscheidungen spielen. Da waren 1982 etwa 70 Prozent der [west]deutschen Bevölkerung gegen die Raketenstationierung, aber der Raketenbefürworter Kohl konnte einen glorreichen Wahlsieg einfahren.)

(9) Die kritische Haltung gegenüber Kriegseinsätzen der Bundeswehr - die nach der epochalen "Wende" erst möglich wurden - speist sich im Wesentlichen aus zwei Motiven: Deutschland solle sich nicht in Dinge einmischen, die es nichts angehen (was interessiert uns Afghanistan! Haben wir nicht genug eigene Probleme?) - eine eher in der Arbeiterklasse (um einmal diesen Begriff ohne nähere Eingrenzung zu verwenden) beheimatete Haltung. Ein anderes Motiv kommt aus der Überlegung, mit Militär, Intervention und Krieg keine tatsächlichen Fortschritte herbeiführen zu können, sondern allenfalls neues Leid über die betroffenen Länder und Menschen zu bringen.¹³ So argumentiert in erster Linie die Friedensbewegung, die heute vor allem wieder von Teilen der "Intelligenz", grob gesagt also den Mittelschichten, getragen wird.¹⁴

Zugleich interessiert und engagiert sich diese Gruppe aber auch für Menschenrechte und Demokratie (in aller Welt) und möchte - wo immer es geht - Menschen in ihrer tiefsten Not beistehen. Sie sind also sehr empfänglich für medial aufbereitete "schockierende" Zustände in der Dritten Welt und möchten am liebsten sofort helfen (das "Helfersyndrom"). Die Herrschenden wissen das geschickt auszunutzen, indem sie die militärische Komponente ihrer "Politik" ins Spiel bringen: Wenn im syrischen Bürgerkrieg Zivilpersonen ums Leben kommen: Muss man da nicht eingreifen, um das Morden zu beenden? Dieser Mechanismus hat Teile der "grünen" Friedensbewegung während der Auseinandersetzungen auf dem Balkan in die Arme der NATO getrieben. Nicht umsonst ist uns der NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 als Einsatz zur Verhinderung einer "humanitären Katastrophe" gepriesen worden. Die aktuelle Debatte um die

Schutzverantwortung ("Responsibility to Protect") haut in dieselbe Kerbe. Und es ist intellektuell so schön in Einklang zu bringen mit dem "linken" Anspruch, der nationalen Beschränktheit zu entkommen und internationale Solidarität zu zeigen. Damit kehrt sich der traditionelle Internationalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung, die überall demselben Klassengegner gegenüberstand, in sein Gegenteil: im Schulterschluss mit der eigenen herrschenden Klasse militärisch in fremden Ländern für Menschenrechte zu intervenieren, im Ergebnis aber diese Länder (wieder) unter den Einfluss der imperialen Staaten zu bringen. Von "Opportunismus" lässt sich insofern sprechen, als viele Anhänger eines so gewendeten Solidaritätsbegriffs gern die "herrschende Meinung" auf ihrer Seite wissen. Es lebt sich einfacher im ideologischen Einklang mit den Leitartikeln von FAZ, SZ, FR und taz, als ständig wider den Stachel der Mainstream-Medien zu löcken.

(10) Natürlich wirkt das "süße Gift" der ideologischen Zugehörigkeit zum Mainstream auch in der Arbeiterklasse. Hier kommen aber auch materielle Interessiertheiten dazu. Man versuche nur einmal, Kolleginnen und Kollegen in Rüstungsbetrieben dazu zu bewegen, für Alternativen einzutreten! Und haben nicht im Interesse der Sicherung des "Standorts Deutschland" Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihre Gewerkschaften seit zwei Jahrzehnten auf Lohnbestandteile und Sozialleistungen in einem Ausmaß verzichtet, dass die Gesellschaft in eine regelrechte soziale Abwärtsspirale geraten ist?! Die politische Bindung an die Herrschenden kann unter Bedingungen neoliberaler Umverteilung von unten nach oben nicht mehr über die Besserstellung der "Arbeiteraristokratie" gelingen, sondern nur noch über den Ausweis der "Alternativlosigkeit" einer solchen Politik und den geschürten Chauvinismus gegenüber jenen, denen es noch schlechter geht als uns, z. B. den Griechen.

Fazit: Friedens- und Arbeiterbewegung stehen heute also von drei Seiten unter Druck: Einmal von Seiten des herrschenden sicherheitspolitischen Diskurses, der Militär und Krieg wieder zum allgemein akzeptierten Mittel der Politik gemacht hat - ohne dass die große Masse der Bevölkerung dies als ein Mittel der Herrschenden entlarven würde, den Imperialismus wieder hegemoniefähig zu machen. Zum zweiten hat die Arbeiterklasse alle Hände voll zu tun (und müsste eigentlich noch viel mehr tun), sich gegen die alltäglichen Zumutungen von Kapital und Staat zur Wehr zu setzen, sodass sie das politische Interesse an Fragen der internationalen Politik weitgehend verloren hat (es gab andere Zeiten, etwa Anfang der 70er Jahre, als es um die Ostverträge, oder Anfang der 80er Jahre, als es um die Raketenstationierung ging). Und zum dritten dienen Menschenrechtsdiskurs und Helfersyndrom als Einfallstor für die Akzeptanz der Wiederkehr des Kriegs in die Politik.

Die Friedensbewegung kann diesem dreifachen Druck ideologisch am besten dadurch standhalten, dass sie sich auf friedenspolitische Grundsätze bezieht, die über die moralische Ablehnung von Krieg und Gewalt hinaus reichen. Kriegsursachen erkennen und konkret benennen, die Interessenten an Rüstungsproduktion und Waffenhandel beim Namen nennen und das Zusammenspiel von Ökonomie, herrschender Politik, Militär und Medien aufdecken: All das schärft den kritischen Verstand der Friedensaktivistinnen und -aktivisten - und zwar gleichgültig, ob sie aus der eher mittelschichtorientierten Friedensbewegung oder aus der klassischen Arbeiterbewegung kommen - und macht sie immun gegen die ideologischen Zumutungen der Bewusstseinsindustrie. Auch das verhindert noch nicht unbedingt kommende Kriege, aber es stärkt den Widerstand gegen die Kriegstreiber und die Nutznießer von Rüstung und Krieg. Und das ist ja auch schon etwas.

Anmerkungen

1MEW 4, S. 479.

2 MEW 27, S. 553.

- 3 Wir sprechen von Akzentverschiebung, nicht von einem Bruch. Auch der junge Engels interessiert sich schon für Bedingungen der Kriegsvermeidung (z. B. in "Po und Rhein", MEW 13, S. 225 - 268), und auch der späte Engels macht um Probleme der Kriegsführung keinen Bogen. Es gibt eine Art Zwischenphase, in den 1870er Jahren. Damals behandelte Engels allgemeine theoretische Probleme des Militärwesens, vor allem in seinen beiden großen Arbeiten, dem "Anti-Dühring", in dem sich drei Kapitel mit Dührings "Gewaltstheorie" auseinandersetzen; (außerdem: "Taktik der Infanterie aus den materiellen Ursachen abgeleitet"), und im "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats".
- 4 Brief vom 3. 11. 1892, MEW 38, S. 504 f.
- 5 MEW 21, S. 350 f.
- 6 Rosa Luxemburg, GW 2, Berlin 1972, S. 491 - 504.
- 7 Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, 1907; als Download verfügbar unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknecht/1907/mil-antimil/a-01.htm>
- 8 Weltweit wurden in Jahresfrist 500 Millionen Unterschriften gesammelt. Siehe: Lorenz Knorr, Kleines Lexikon Rüstung Abrüstung Frieden, Köln 1981, S. 183.
- 9 In West-Berlin wurden z. B. auf einen Schlag 1500 FDJ-Mitglieder festgenommen, weil sie Unterschriften sammelten. Im August 1950 beschloss die Innenministerkonferenz eine Reihe von Maßnahmen gegen die "kommunistische Propaganda": So wurden öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen zur Unterstützung des Appells verboten. Die Meinungsmedien vom SPIEGEL bis zur ZEIT überschlugen sich in antikommunistischen Hetzartikeln gegen die "von Moskau gelenkte" Kampagne.
- 10 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1960, S. 28 - 38. Hier zitiert nach der nützlichen Textsammlung von Wolfgang Scheler, Krieg und Frieden, in: Marxistische Lesehefte 5, Berlin 1998. Als Download verfügbar unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/marxistisches_Forum/mf_lesehefte5.pdf.
- 11 Autorenkollektiv, Geschichte der deutschen Literatur. Bd. 9, Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917, Berlin 1974, S. 475. Das Mann-Zitat stammt aus dem Essay "Kaiserreich und Republik".
- 12 Karl Holl: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 14.
- 13 Vgl. hierzu Werner Ruf, Lena Jöst, Peter Strutynski, Nadine Zollet, Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung, Berlin 2009.
- 14 Siehe Hans-Jürgen Krysmanski, Soziologie und Frieden. Grundsätzliche Einführung in ein aktuelles Thema, Opladen 1993, S. 187.

Arno Neuber

Arbeiterbewegung und Rüstungsproduktion

Um das Deutsche Reich zu errichten, wurden in den Jahren 1864 bis 1871 drei Kriege geführt. Der steigende Bedarf an Waffen und Vernichtungskraft führte zu einer Revolutionierung der Militärtechnik. Ihre mörderischen Resultate waren das Mehrladegewehr, Schnellfeuergeschütze mit Rohrrücklauf, Sprenggranaten und gepanzerte Kriegsschiffe. Und diese Entwicklungen revolutionierten wieder die Strategien der Kriegsführung.

In einem Brief an Paul Lafargue vom 22. Januar 1895 schrieb Friedrich Engels: "Bei der totalen Umwälzung in der Rüstung seit 1870 und infolgedessen auch der Taktik ist der Ausgang eines Krieges, bei dem so viele unbekannte Faktoren auftreten werden und alle vorher aufgestellten Berechnungen auf imaginären Größen beruhen, absolut ungewiß. Durch all diese Umstände scheint uns der Frieden gesichert."¹

Als gesichert erwies sich allerdings nur dies: Das Kapital hatte Blut geleckt. In den Jahren von 1872 bis 1913 stiegen die Militärausgaben kontinuierlich von 347 Millionen Reichsmark auf 1,8 Mrd. Reichsmark. Hier war ein Geschäft zu machen, das große Profite versprach. Ein todsicheres Geschäft. Wurde bis dahin der Rüstungsbedarf in staatlichen Waffenschmieden gedeckt, so sicherten sich jetzt private Kapitalisten die Aufträge des Staates und seiner Militärs. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gingen 60 Prozent der Rüstungsmittel an private Produzenten und nur noch 40 Prozent an die staatlichen Heereswerkstätten. "Immer mehr privatkapitalistische Unternehmen stiegen jetzt in das lukrative Geschäft der Waffenproduktion ein. Durch den verstärkten Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie entstand ein ökonomischer Machtkomplex, der neben seinen allgemeinen kapitalistischen Expansionsinteressen auch aus ganz spezifischen ökonomischen Interessen permanent auf Verstärkung der Rüstung drängen musste."²

Gefüttert mit den Groschen der Armen

Im April 1913 deckt Karl Liebknecht die Verflechtungen zwischen Rüstungsmonopolen, Staatsapparat und Militär am Beispiel des Kanonenkönigs Krupp auf. Krupp, die Waffenschmiede des Reiches, enger Freund des Kaisers, unterhält in Berlin ein weitverzweigtes Netzwerk von Verbindungsleuten. Im Prozess, der auf Liebknechts Enthüllung folgt, wird bekannt, dass geheime Berichte des Kriegsministeriums an Krupp weitergeleitet wurden, wodurch dieser "eine vollkommene Übersicht über die Lager aller artilleristischen Geschäftsbetriebe und über die Preise der Konkurrenz" bekam.³ Konzerne wie Krupp, Rheinmetall, Siemens, AEG, Daimler und Benz, die Flugzeug- und die Schiffbauindustrie verdanken ihre Entwicklung den Profiten, die sie aus staatlichen Rüstungsaufträgen zogen. Krupp produzierte bald so viele Kanonen, wie zu Friedenszeiten im Reich gar nicht abgesetzt werden konnten. In den Jahren 1875 bis 1891 gingen 82 Prozent der Waffenproduktion in den Export nach Russland, China, Japan, Argentinien, Brasilien, Chile, in die Türkei und andere Länder.

Die Machtposition des Kanonenkönigs wurde sogar den Militärs unheimlich. Julius von Verdy, preußischer Kriegsminister, beschwerte sich daher in einem Brief an Kaiser Wilhelm II. über das Ausmaß der staatlichen Vergünstigungen für Krupp: "Finanzielle Erleichterungen, wie sie keiner anderen 'Privatfabrik' zuteil geworden waren, Millionenvorschüsse und unverzinsliche Darlehen, Verzicht auf die Heranziehung einer leistungsfähigen Konkurrenz. (...) Die Kruppsche Fabrik verdankt ihren Weltruf in der Geschützfabrikation großenteils nicht nur der direkten und indirekten finanziellen Unterstützung seitens des Staates, sondern wesentlich auch dem Umstande, dass durch rückhaltlose Überlassung reicher Versuchsergebnisse der Artillerieprüfungskommission das Etablissement seit Jahren in den Stand gesetzt worden ist, in aller Welt ein Geschützmaterial zu verkaufen, dem diese Erfahrungen zugute gekommen sind."⁴

Diese staatliche Protektion verschaffte den Rüstungsmonopolen sagenhafte Gewinne. Hemmungslose Aufrüstung für den Krieg machte sie reich und mächtig. Der Krieg war ihre goldene

Zeit. "Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit - so ist die Rüstungsindustrie", schrieb Karl Liebknecht 1913 im sozialdemokratischen "Vorwärts". "Ungeheuerlich in ihren Kräften, unersättlich in ihren Ansprüchen, leidenschaftlich in ihrem Profitwillen. Gefüttert mit den sauren Groschen der Armen, die sie in süße Millionen für Geldfürsten wandelt. (...) Und nicht gedeihend bei Glück, Freiheit und Frieden der Völker, sondern bei Zwietracht, Kriegsgefahr, Krieg, die ihre Nahrung bilden: Je mehr Völkerhass, um so mehr Profit!"⁵

Nach der Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Krieg war das erklärte Ziel der alliierten Siegermächte die "völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung."⁶

Während bereits die Vorbereitungen zur Remilitarisierung Westdeutschlands anliefen, erklärte Konrad Adenauer am 30. Dezember 1946 der "Rheinischen Post": "Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird (...) Ja, ich will noch weitergehen, ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden." Einige Jahre später beginnt die Ausrüstung einer neuen deutschen Armee als Hilfstruppe gegen den realen Sozialismus und ihre Aufrüstung zu einer der stärksten Armeen in Europa.

Rüstungsproduktion in der BRD lässt sich spätestens mit dem Jahr 1951 belegen. 1952 wurden auf der Lürssen-Werft in Bremen bereits Torpedoboote gebaut - trotz Produktionsverbot. Im gleichen Jahr erhält Daimler-Benz einen Auftrag zum Bau von Panzermotoren für die Schweizer Armee, die Flugzeugbauer Messerschmitt und Dornier entwickeln im faschistischen Spanien neue Modelle, Heinkel arbeitet in Ägypten an der Entwicklung eines Düsenjets. Wurden zunächst noch US-amerikanische Waffen in Lizenz produziert, waren die westdeutschen Rüstungsschmieden schon in den 70er Jahren wieder in der Lage, Waffen auf höchstem technologischen Niveau zu produzieren. Und obwohl die Rüstungsproduktion in der BRD von Anfang an integrierter Bestandteil des Industriekapitals war und man von politischer Seite bewusst darauf achtete, keine reinen Rüstungskonzerne zu züchten, blieben die alten Namen erhalten. "Der Kaiser ging, der Führer ging - die Waffenschmieden blieben."⁷

Rüstung vernichtet zivile Arbeitsplätze

Die Rüstungsindustrie profitierte prächtig von der schnell vorangetriebenen Militarisierung der Bundesrepublik. In den 60er Jahren wurden große Produktionskapazitäten geschaffen, 1963 gingen fast 70 Prozent aller Mittel für Forschung und Entwicklung in den militärischen Bereich, bald wurden knapp 70 Prozent des Bundeswehrbedarfs im Inland produziert. Als der erste Bedarf gedeckt war, zeigte sich aber auch, welche Überkapazitäten man aufgebaut hatte. Die Zeche zahlten die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie. Dass Rüstungsarbeitsplätze sichere Arbeitsplätze sind, ist nicht nur zynisch, sondern auch gelogen. Bis 1970 wurden 40 Prozent der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie abgebaut, 124 000 Beschäftigte mussten sich nach neuen Jobs umsehen.

Zuvor schon hatte die Konzentration auf das Rüstungsgeschäft bei etlichen Firmen zum Verlust ziviler Kompetenzen und zur Zerstörung traditioneller Geschäftsfelder geführt. So ging der Panzerbau bei Krauss-Maffei einher mit dem Abbau des Lokomotivenbaus für die Bundesbahn. In den 70er Jahren wurde ein Viertel der Belegschaft gefeuert, während die Panzerproduktion hoch lief und der Umsatz um das Dreifache anstieg. Auf den Werften lief die Umstellung von Handels- auf Kriegsschiffe parallel zum Abbau der Belegschaften. Waren 1975 rund 71 000 Menschen im Schiffbau beschäftigt, waren es 1980 noch 50 000. Statt in der Strukturkrise im internationalen

Schiffbau auf alternative Wachstumsbereiche zu setzen, wurde ausschließlich auf den Bau von Kriegsschiffen orientiert.

In den 70er Jahren entwickelten sich erstmals große gewerkschaftliche Kämpfe in Rüstungsbetrieben. Beispielhaft steht dafür der Kampf der Belegschaft von VFW⁸ in Speyer gegen die Schließung des Werkes, die ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaft, Parteien, Kirchen, Handwerkern und Einzelhändlern als Unterstützer hatte. In mehreren Rüstungsbetrieben entstanden Arbeitskreise zur Rüstungskonversion, die von Wissenschaftlern und Gewerkschaften unterstützt wurden.

Bei einer Podiumsdiskussion zum Antikriegstag 2012 in Kiel erklärte der Betriebsratsvorsitzende der Kieler HDW-Werft, Ernst-August Kiel: "Wenn die Rüstungsindustrie bereits 70 Prozent der Produktion in den Export gibt - bei der HDW waren es in den letzten Jahren 100 Prozent - wohin soll denn in Zukunft noch exportiert werden? Es wird dringend Zeit, die Debatte über Diversifikation und auch Konversion - also die Auffächerung des Sortiments und die Umwandlung von militärisch Nutzbaarem in zivil Nutzbares - wieder aufzunehmen. Das Thema liegt leider seit 10 bis 15 Jahren brach."⁹ Bei HDW wurde im Mai 1985 ein "Arbeitskreis Alternative Produktion" gegründet und im November 1987 auf Unternehmensseite die "Direktionsabteilung Diversifikation". Aber nach 1989/90 verschwanden beide schnell in der Versenkung.

Dort, wo Betriebsräte und Vertrauensleute nicht mit ihren Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen und der Friedensbewegung Alternativen zur Rüstung erarbeiten und offensiv vertreten, wird die Belegschaft von den Rüstungsbossen in Geiselnhaft genommen, um Absatzgarantien, Forschungsgelder und Produktionsauslastungen zu erpressen.

So wurde 2010 auf einer Betriebsversammlung im Werk Manching der EADS auf das Auslaufen von Rüstungsaufträgen vom Betriebsrat mit der Forderung nach Beschaffung einer Tranche des inzwischen militärisch überholten Eurofighters reagiert. Wer A sagt, muss auch B sagen, heißt die Logik. In einer Betriebszeitung der IG Metall im Werk wird für "unser Zukunftsprojekt" geworben, nämlich für den Einstieg in den Bau der Drohne "Talarion". "Das Votum für oder gegen Talarion entscheidet auch für oder gegen die Zukunft der militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland, mehr noch, in Europa. Fast überflüssig zu sagen, dass der Talarion neben dem Eurofighter-Export die Zukunft Manchings absichern muss (...) Gleichzeitig haben wir für eine Beteiligung an den Entwicklungskosten des Talarion geworben. Ungeachtet aller Diskussionen über erlaubte oder unerlaubte Zuschüsse, andere Länder machen es längst vor (...) Talarion bietet hier die einmalige Gelegenheit, dieses Ungleichgewicht zu ändern. Diese Chance müssen wir, muss die Bundesregierung unbedingt ergreifen: im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, im Interesse der Technologieentwicklung und nicht zuletzt im Interesse unserer Arbeitsplätze. Eines ist sicher: Die IG Metall bleibt am Ball!"¹⁰

Im März 2012 waren die EADS-Betriebsräte in Berlin, um mit Vertretern des Verteidigungsausschusses des Bundestages, der Luftwaffe und des Verteidigungsministeriums zu diskutieren. Die Linie der Betriebsräte hieß Export der alten Eurofighter, Beschaffung einer neuen Serie von Eurofighter (Tranche 3b) und Einstieg in den Drohnenbau.¹¹

Und für den "Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall" ist in seiner "Kasseler Erklärung zur Lage der heerestechnischen Industrie in Deutschland" ein "starker, attraktiver nationaler Standort" das grundlegende Ziel. Er fordert die politische Führung auf, "selbstbewusster in Europa aufzutreten, die eigenen Interessen in diesem Prozess zu definieren, sie strategisch vorzubereiten, finanziell zu unterfüttern und politisch durchzusetzen".¹² Am Ende soll dann eine "europäische Lösung stehen", in der die deutschen Unternehmen aufgrund ihrer Technologieführerschaft eine führende Rolle spielen.¹³

Der verschwundene MIK

Marxisten haben den militärisch-industriellen Komplex in den 70er Jahren als "Verschmelzung der Macht und der Interessen des Rüstungskapitals mit denen der Militärhierarchie und der Staatsbürokratie zu einem festgefügtten Machtkomplex"¹⁴ beschrieben. Inzwischen ist der Begriff weitgehend aus den aktuellen theoretischen Debatten verschwunden. In den Programmen und Publikationen linker Parteien und Organisationen taucht er kaum noch auf. Häufiger ist nur noch von den Aktivitäten der "Rüstungslobby" die Rede. Es geht aber nicht ausschließlich um Bestechungsgelder und Geheimdiplomatie. Dass die Kriegswaffenindustrie eine der korruptesten Branchen überhaupt ist, ist ein Symptom, nicht der Kern der Sache. Nicht um eine bloße Skandalisierung geht es, sondern um die Offenlegung des Problems. Nur so können Alternativen formuliert und Bewegungen Richtung gegeben werden.

Militärpolitik ist innerster Kern der staatlichen Souveränität. Klaus Naumann brachte das auf die griffige Formel: "Es gelten nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen."¹⁵

Produktion von Kriegswaffen und Ausrüstung ist Teil dieses staatlichen "Markenkerns". Deshalb sind Rüstungsproduktion und Rüstungsmarkt innerhalb der EU immer noch nicht vergemeinschaftet, sondern bleiben in nationaler Hand. In Deutschland, wie in den anderen EU-Konkurrenten, wurde unter maßgeblicher Beteiligung der Regierungen eine Reihe von Rüstungsmonopolisten geschaffen, die von staatlichen Aufträgen leben, vom Staat vor feindlicher Übernahme geschützt werden, die mit Forschungsgeldern und Fördermitteln gegen die Konkurrenz fit gemacht werden, die bei Exporten vom Staat in jeglicher Form protegiert werden. Diese Rüstungsmonopolisten liefern dafür praktisch alles, was die Truppe für ihren jeweiligen Auftrag braucht und sollen die waffentechnische Überlegenheit der eigenen Militärs sichern. Rüstungsproduktion auf dem Niveau des 21. Jahrhunderts ist ohne Einsatz des Staates und seiner Potentiale im Wissenschafts-, Bildungs-, Wirtschafts- und Finanzsektor nicht möglich. Das Geflecht reicht vom Forschungsauftrag im zivilen Haushalt bis zum Einsatz des diplomatischen Korps. Die Beziehungen zwischen Staat und Rüstungskapital sind symbiotisch.

Das schließt regelmäßige Interessenkonflikte nicht aus. Die Industrie will hohe Profite machen, der Staat will die besten Waffen zum billigsten Preis und zum schnellst möglichen Zeitpunkt. Da ist der Konflikt vorprogrammiert. "Die Produktion vieler Rüstungsgüter dauert zu lange, sie sind zu teuer und können nicht, was sie sollen. Darum will das BMVg einen Neuanfang bei der Rüstung", fasst die Stiftung Wissenschaft und Politik die aktuelle Gemengelage zusammen.¹⁶

Beim Einsatz für diesen "Neuanfang" sind die zuständigen Minister regelmäßig ins Stolpern gekommen. Von Volker Rühle, der bei seiner ersten Rede als neuer "Verteidigungs"minister die versammelten Kommandeure der Bundeswehr im Mai 1992 in Leipzig beschwor: "Wir können nicht so weitermachen wie bisher. (...) Irgendwo müssen wir Abstriche vornehmen"¹⁷ und den Jäger 90 für tot erklärte, bis zum falschen Doktor zu Guttenberg, dem eine Militärpolitik "nach Kassenlage" zur Last gelegt wurde.

Das Spannungsverhältnis innerhalb des militaristischen Machtkomplexes findet sich auch in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 wieder. "Auch künftig wird die deutsche wehrtechnische Industrie einen wesentlichen Beitrag zur Bereitstellung moderner und leistungsfähiger Ausrüstung und zu technisch-logistischer Betreuung in der Nutzung leisten. Es wird beschafft, was erforderlich und finanzierbar ist, und nicht, was man gerne hätte oder was angeboten wird."¹⁸

Seit Jahren klagen Militärs und Politiker über mangelnde Kooperation in Europa, die zu parallelen Entwicklungen und erheblicher Verschwendung führen. Nur um gleichzeitig die eigene Macht auf Dauer fest zu betonieren. "Gegenwärtig betreiben fünf europäische Staaten getrennt entwickelte und betriebene satellitengestützte Kommunikationssysteme für ihre Streitkräfte. Die European

Defence Agenca (EDA) schätzt, dass diese Systeme, nach heutigen Preisen, insgesamt eine Investition von ca. 10 Milliarden Euro erfordert haben. Wenn bei der Entwicklung und Beschaffung einer neuen Generation alle Synergieeffekte (Forschung, Entwicklung, Beschaffung, Nutzung) gezogen werden, errechnet die EDA ein Einsparpotenzial von insgesamt 10 Prozent, was - die alten Systeme als Grundlage genommen - 1 Milliarde Euro wären."¹⁹ Umgekehrt formuliert: Die nationalen Machtkomplexe setzen sich bislang durch. Langfristig werden sie damit aber gegen die US-Konkurrenz keine Chance haben. Dort wurden bereits in den 90er Jahren unter deutlichem Druck der Regierung eine Handvoll Superkonzerne geformt, die die US-Dominanz im globalen Waffengeschäft sichern. Sie haben sich in den vergangenen Jahren den größten Teil des globalen Waffengeschäftes unter den Nagel gerissen. So mutierten in den letzten Jahren die US-Konzerne zum Feindbild Nummer Eins der Konkurrenz aus den EU-Staaten.

Wettrüsten unter Freunden

Während die Propagandaabteilungen der Rüstungsmafia in der Vergangenheit damit beschäftigt waren, ständig neue Bedrohungen aus dem Osten zu präsentieren und dazu passende Ausrüstungslücken aufzuspüren, wird seit den 90er Jahren ein Wettrüsten unter Freunden angeheizt. Dieses neue Wettrüsten wird "anders als früher nicht mehr vom Streben nach militärischer Überraschung des großen Gegners Ost, sondern (...) jetzt von der Konkurrenz zwischen den NATO-Ländern um Systemführerschaft und weltweite Marktanteile vorangetrieben".²⁰ "Interessanterweise bedarf es also keiner 'russischen Bedrohung', sondern lediglich eines militärisch gewichtigen Partners, um den Bedarf zu begründen, 'militärisch mehr tun zu müssen'".²¹

In der NATO darf nur mitreden, wer entsprechend mitrüstet. "Nur Nationen mit einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen."²² Und auch in der EU zählen nur "eigene rüstungstechnologische Fähigkeiten". Die politische Macht kommt hier aus den nationalen Rüstungsschmieden. "Sie gewährleisten Kooperationsfähigkeit und sichern den Einfluss bei Entwicklung, Beschaffung und Betrieb von entscheidenden militärischen Systemen. Nur Nationen mit einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen."²³

In Berlin galt bislang die deutsch-französische Achse als probates Mittel, um dem Gewicht der britisch-US-amerikanischen Rüstungsbeziehungen etwas entgegenzusetzen. 1999 hatten sich die Briten entschieden, durch die weitgehende Fusion ihrer Rüstungsindustrie unter dem Dach von BAE Systems ein Gegengewicht zur EADS zu schaffen, das stark auf den Militärmarkt in den USA setzte.

Seit Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise zum Ausbau der eigenen Machtposition nutzt, kommt wieder Bewegung in den Stellungskrieg um die Kommandohöhen der Rüstungsindustrie in Europa. Im November 2010 haben Frankreich und Großbritannien weitreichende Kooperationsvereinbarungen über gemeinsame Kampfverbände, den Erhalt des Atomwaffenarsenals und zukünftige Rüstungsvorhaben beschlossen. In einer Publikation der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wird bereits eine neue "Entente Cordiale" befürchtet. Es bestehe für die Achse Paris-London "die Möglichkeit, bei der Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien in Führung zu gehen", Deutschland auszubremsen und den europäischen Rüstungsmarkt in eigenem Interesse zu formen.²⁴ Besorgnis erregten nicht zuletzt die Entscheidungen der beiden Regierungen, Entwicklungsaufträge für Drohnen an BAE Systems und den französischen Dassault-Konzern zu übertragen und EADS vor der Tür zu lassen. Nach jüngsten Schätzungen sind auf dem Markt für militärische Drohnen (USA: Unmanned Aircraft Systems) in den nächsten Jahren Aufträge für 11,4 Milliarden Dollar auszuschöpfen. Tendenz stark steigend.

So nimmt es nicht wunder, dass nicht nur auf der Berliner Luftfahrtshow (ILA) großes Gedränge auf der erstmals eingerichteten Plaza für Großdrohnen herrschte. Auch hinter den Kulissen herrschte emsiges Treiben um Machtpositionen im europäischen und internationalen Waffengeschäft. Bei EADS wurde der Chef der Militärsparte gefeuert und die Signale auf noch mehr

Rüstung gestellt. Bislang macht das Militärgeschäft rund 60 Prozent am Umsatz, aber einen noch höheren Anteil am Gewinn des Konzerns aus. Auch der Regierungsapparat rotiert. Im Juni nutzen die Rüstungsstaatssekretäre Frankreichs und Deutschlands die Pariser Rüstungsmesse Eurosatory zur Unterzeichnung einer Absichtserklärung, nach der die Entwicklung einer EU-Militär-Drohne in Kooperation mit Großbritannien geprüft werden soll. Wenn das gelingt, könnten auch die Rüstungspotentiale Spaniens, Italiens und möglicherweise anderer EU-Länder unter das Kommando der "großen Drei" gespannt werden. Gelingt das nicht, wird nach den Worten des deutschen Rüstungsstaatssekretärs Beemelmans "das Gesetz der Menge (...) künftig fast durchweg gegen uns spielen". Das heißt: Die US-Konzerne, die einen größeren Binnenmarkt bedienen können, werden auch weltweit alleine absahnen.

Inzwischen hat der deutsche EADS-Boss Enders auch die organisatorische Form präsentiert, in der die Rüstungsindustrie zum Kampf um den Weltmarkt antreten soll. Ein Zusammenschluss von EADS und BAE Systems würde einen Giganten hervorbringen, der 70 Milliarden Euro Umsatz im Jahr macht und 220 000 Menschen beschäftigt. Enders warb Ende September im Wirtschaftsausschuss des Bundestages für sein Projekt, mit dem "ein neues Kapitel für die deutsche Industrie aufgeschlagen" werden soll. "Es bestehe die einmalige Chance, in Europa einen Weltmarktführer zu schaffen."²⁵ Einen Weltmarktführer für modernste Waffen aller Art: Von der Atomrakete bis zum U-Boot, vom Panzer bis zur Drohne, von Satelliten bis zu Marschflugkörpern. Schon allein die Ankündigung dieser Fusion zeigt, dass hier ein "Schwarzes Loch" aus kriegerischer Masse entsteht, das alles verschlingen wird, was seinen Weg kreuzt. Schon werden kleinere Zulieferfirmen mit neuen Verträgen geknebelt und zu Fusionen aufgefordert. Der Ausrichter der Wehrkunde-Tagung, die heute Münchner Sicherheitskonferenz heißt, Wolfgang Ischinger, will mit Blick auf die Exportmärkte die ganze EU-Rüstungsindustrie "zusammenfügen". Heute kämpfen Konzerne aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland noch gegeneinander und "am Schluss siegt womöglich der amerikanische Konkurrent". Um das zu verhindern, müsse auch "der Grundsatz, keine Waffen in Krisengebiete zu exportieren, überprüft werden".²⁶

Ob der Coup gelingt, ist offen. Genauso groß wie die Gier, dem US-Konkurrenten Markt- und Machtanteile abzunehmen, ist die Furcht, der EU-Konkurrenz eventuell Vorteile zu verschaffen. In Merkels Kabinett sieht man die von Enders vorgeschlagene Bewertung der Anteile von EADS und BAE Systems im Verhältnis von 60 zu 40 kritisch. Das Wirtschaftsministerium will 70 Prozent für EADS haben. Enders will den drei beteiligten Regierungen eine "goldene Aktie" als Vetomöglichkeit gegen Übernahmeveruche geben. Berlin will den französischen Staat als Anteilseigner aus dem Konzern drängen oder notfalls über die Staatsbank KfW die Hälfte der bisherigen Daimler-Benz-Anteile an EADS übernehmen. "Fest steht schon jetzt: Sollte es zur geplanten Fusion von EADS und BAE Systems kommen, so würde dies mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Militarisierungsschub in der Europäischen Union führen. Auf EU-Ebene würde sich der Militärisch-industrielle Komplex massiv verdichten und seine Fähigkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen, dementsprechend anwachsen."²⁷

Der entfesselte Rüstungsexport und die Merkel-Doktrin

Rüstungsexport ist nicht nur Teil der Profitstrategie der Waffenkonzerne, sondern auch außenpolitisches Instrument der NATO- und EU-Staaten. "Rüstungsexporte sind politische Geschäfte. Sie dienen neben wirtschaftlichen auch immer (sicherheits)politischen Interessen."²⁸ Für die Staaten heißt das, "dass man mittels Rüstungsexporten Einfluss auf politische Prozesse nehmen kann". Waffenlieferungen "dienen auch der Aushandlung von politischen und ökonomischen Interessen sowie zum Schmieden oder Festigen von Allianzen zwischen Im- und Exporteuren."²⁹

Massiv hat die Berliner Republik in den letzten Jahren mit Waffenlieferungen in den Nahen Osten und nach Nordafrika Flagge gezeigt. Geschäft und außenpolitisches Interesse gehen dabei Hand in Hand. So schreibt das Handelsblatt über den Panzerdeal mit Saudi-Arabien: "Wenn sie denn

geliefert werden, sind die Leos 200 mal 67 Tonnen Abschreckung, was gegenüber Teheran nicht zu verachten sei. Oder Petrodollar-Recycling im Wert von bis zu 2,5 Milliarden Euro. Oder Offenhaltung der Produktionslinien, nachdem die Bundeswehr 1700 Leos ausgemustert hat."³⁰ Aufgerüstet werden die Staaten, die bereit sind, als regionale Interventionsmacht im Sinne westlicher Interessen zu agieren. "Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen", erklärte Kanzlerin Merkel im September 2011. "Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein - dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien."³¹

Für die Industrie ist der Export ein Muss. Die Dinos, die unter aktiver politischer Mithilfe geschaffen wurden, müssen ständig wachsen und die gewachsenen Monster müssen dann auch gefüttert werden. Dazu reicht der Rüstungshaushalt auch dann nicht aus, wenn er, mehr oder weniger geschickt versteckt, aus anderen Haushaltstiteln zusätzlich bezuschusst wird. "Die Verteidigungsindustrie in Europa ist geprägt von Überkapazitäten, weil wesentlich mehr produziert als tatsächlich nachgefragt wird."³² Der Überschuss geht in den Export. "Einerseits sind die Rüstungsunternehmen gezwungen, ihrer eigenen Logik folgend die bestehenden Produktionskapazitäten zu erhalten und die sinkende Nachfrage im Binnenmarkt durch Verkäufe außerhalb Europas zu kompensieren. Andererseits blendet diese auf stetiges Wachstum angelegte Strategie andere Möglichkeiten der Kompensation aus und erhöht somit den Druck zu exportieren."³³

Der Lobbyverband der Rüstungsindustrie, der "Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)" weiß, dass Rüstungskunden nicht nur Waffen und Gerät wollen. Sie "erwarten - neben der generellen Unterstützung durch die Bundesregierung - die Ausbildung ihres Personals in technischer, taktischer sowie operativer Hinsicht durch die Bundeswehr und mit der Bundeswehr als Partner", erklärt der BDSV-Präsident Friedrich Lürßen.³⁴ Bei Verkauf des Drohnensystems "Luna" nach Saudi-Arabien war den Käufern nicht nur die Bundeswehr als sogenannter "Referenzkunde" wichtig - die Drohne wurde in Afghanistan und im Kosovo eingesetzt -, man ließ auch drei Ausbilder der Bundeswehr für drei Monate einfliegen, um die eigene Truppe zu schulen.

Wehrtechnische Kernfähigkeiten

Die Bundesregierung hütet den Bestand einer eigenen Rüstungsindustrie wie ihren eigenen Augapfel. "Der Erhalt und die Weiterentwicklung von nationalen wehrtechnischen Kernfähigkeiten ist eine gesamtpolitische Aufgabe", heißt es im Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt von 2009. Für die Merkel-Regierung macht diesen Job der ausgebildete Theologe Peter Hintze. "Es sind deshalb ressortübergreifend und gemeinsam mit der Industrie weitere Wege u. a. auf finanzielle und rechtliche Umsetzbarkeit zu untersuchen. Zum Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeiten in Deutschland kann aufgrund der absoluten Höhe nicht alleine die innerdeutsche Nachfrage nach Rüstungsgütern dienen, auch der Export von Rüstungsgütern sichert langfristig erheblich den Erhalt der deutschen Rüstungsindustrie und liefert damit einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland."³⁵

Damit nicht genug. Im Juni 2007 ist es den Vertretern der Rüstungsindustrie gelungen, eine Art Bestandschutzgarantie von der Politik zu bekommen. Zwischen "Verteidigungs"ministerium und dem Bundesverband der Deutschen Industrie wurden "nationale wehrtechnische Kernfähigkeiten" vereinbart, die von der Regierung zu unterhalten, zu subventionieren und politisch zu unterstützen sind. Das "Verteidigungs"ministerium hat sich verpflichtet, "die kontinuierliche Pflege und gegebenenfalls erforderliche Fortschreibung der Liste" mit den Rüstungsbossen zu koordinieren.³⁶

Derzeit geraten die Bestandschutzinteressen der Rüstungsbosse wieder einmal mit den Interessen der Generale aneinander. Der forcierte Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee hat seine Folgewirkungen für Ausrüstung und Bewaffnung. Der "Verteidigungs"minister wird nicht

müde, für die Zukunft vermehrt Auslandseinsätze zu propagieren. "Militärische Mittel sind 'äußerstes', nicht erst 'letztes' Mittel."³⁷ Er will Außenpolitik künftig mit der Androhung von Militäreinsätzen und mit früheren Militäreinsätzen machen. Dabei geht es nicht um bewaffnete Entwicklungshilfe. "Die Bundeswehr ist keine Armee der Brunnenbohrer, und sie ist auch kein gepanzertes Technisches Hilfswerk." (ebenda)

De Maiziére möchte daher auf bestellte, aber nicht benötigte Waffen verzichten und dafür neue Ausrüstung für die Interventionstruppen bestellen. "Wir passen die Planungen an; die Mittel, die dadurch frei werden, können wir für neue Bestellungen nutzen."³⁸ Die Alternative dazu wäre nämlich: "Wir bezahlen, was bestellt ist, und stellen die Dinge, die wir nicht brauchen auf den Hof: Dann können wir nichts Neues bestellen." (ebenda) Für verzichtbar hält der Minister insbesondere die Tranche 3b des Eurofighters, das sind 37 Stück. Vom Militärtransporter Airbus A 400 M sollen 13 gleich in den Export gehen und nur 40 bei der Truppe starten und landen. Auch auf die Hälfte der Kampfhubschrauber vom Typ Tiger (das sind 40 Stück) soll verzichtet werden. Vom Transporthubschrauber NH 90 werden nun noch 80 statt 134 Exemplare gebraucht.

Stattdessen drängt der Minister, unterstützt vom Luftwaffenchef und von einigen Abgeordneten, auf die schnelle Beschaffung bewaffneter Drohnen. "Unbemannte fliegende Systeme sind eine Zukunftstechnologie, der wir uns nicht verschließen sollten", sagt der stellvertretende verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Henning Otte. Außerdem erweitern sie "militärische Handlungsmöglichkeiten".³⁹ "Der Sache nach ist eine Drohne doch nichts anderes als ein Flugzeug ohne Pilot", so der Minister. "Flugzeuge dürfen Waffen tragen. Warum also sollen unbemannte Flugsysteme das nicht dürfen?" Generell sei der Einsatz einer bewaffneten Drohne nichts anderes als die Betätigung eines Pistolenabzugs oder das Abfeuern eines Torpedos. Moralische Bedenken lässt er nicht gelten: "Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten", so der Minister.⁴⁰

Um alle Interessen auf der Linie der forcierten Militarisierung deutscher Außenpolitik zusammenzubringen, wird der Rüstungshaushalt von 31,7 Mrd. Euro in diesem Jahr auf 33,3 Mrd. Euro im Jahr 2013 steigen. Dabei sollte die Bundeswehr eigentlich einen Sparbeitrag von 8,3 Mrd. Euro bis 2014 abliefern.

Das Beratungsinstitut der Bundesregierung, die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), hat in einer aktuellen Analyse eine "stärkere deutsche Führung" in der NATO angemahnt. Berlin als "Mittelmacht mit globaler Verantwortung" solle mehr für Rüstung und mehr für militärische Fähigkeiten tun. In Zeiten, in denen sich die USA stärker auf künftige Kriege in Asien orientiere, solle Deutschland die Chance nutzen und das politische Vakuum füllen, was bedeute, auch mehr militärische Lasten schultern.⁴¹ Und auch die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik fordert Berlin "in Anbetracht des relativen Machtverlusts der USA" zur "Revitalisierung" der Militärpolitik im EU-Zusammenhang auf. Nicht um "Kosteneinsparung" solle es dabei gehen, sondern um den "Aufbau weiterer europäischer militärischer Fähigkeiten".⁴²

Wenn man die verschiedenen Punkte der Regierungspolitik der letzten Monate in dieses Koordinatensystem einfügt, dann ergibt sich eine gefährliche Linie.

Anmerkungen

1 MEW, Band 39, S. 392/393.

2 Bontrup/Zdrowomyslaw: Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Heilbronn, 1988.

3 Karl Hubert Reichel: Wie macht man Kriege, wie macht man Frieden? Dortmund, 1973.

4 Messerschmidt, Manfred: Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648 - 1939, München, 1979.

5 Liebknecht, Karl: Was ist? Was wird sein? "Vorwärts" Nr. 95 vom 21. April 1913. In: Reden und Aufsätze in zwei Bänden, Band 1, Frankfurt am Main, 1971.

- 6 Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945.
- 7 Arbeitsgruppe Abrüstung an der Universität Bremen: "Der Kaiser ging, der Führer ging - die Waffenschmieden blieben", Bremen, 1984.
- 8 Vereinigte Flugtechnische Werke.
- 9 Kieler Friedensforum - Debatte über Konversion wieder aufnehmen. Bericht auf www.kommunisten.de, abgerufen am 4. 9. 2012.
- 10 IG Metall wirbt bei der Bundesregierung für Talarion. Unser Zukunftsprojekt. In: "Klartext", IG Metall im Militärischen Luftfahrtzentrum EADS, Juni 2010.
- 11 "Klartext", Mai 2012. IG Metall im Militärischen Luftfahrtzentrum Cassidian. www.igmetall-cassidian.de
- 12 Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall: Kasseler Erklärung zur Lage der heerestechnischen Industrie in Deutschland, Frankfurt am Main, 2006.
- 13 Kasseler Erklärung, a.a.O.
- 14 Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1978.
- 15 Der Spiegel, 18.01.1993.
- 16 Christian Mölling: Deutsche Verteidigungspolitik. SWP-Aktuell 18, März 2012.
- 17 Rühle, Volker: Wandel und Aufbruch der Bundeswehr - Streitkräfte der Einheit. Pressereferat des BMVg, Material für die Presse Nr. 29/1, 1992.
- 18 Bundesminister der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 27.05.2011.
- 19 Policy Brief 01/12: Smart Defence nach dem NATO-Gipfel. Anspruch, Mehrwert, Implikationen für Europa. <http://www.stiftung-nv.de/148384,1031,111247,-1.aspx>.
- 20 Bullens, Hendrik: Im Windschatten der Abrüstung. Die neue Rüstungsdynamik im vereinigten Deutschland. In: Kerneuropa - Keim zur Weltmacht. ISW-Report 23, München, 1995.
- 21 Mey, Holger H.: Deutsche Sicherheitspolitik 2030, Frankfurt am Main, 2001.
- 22 Rede von Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, anlässlich der 8. Handelsblatt Konferenz am 25. Oktober 2011 in Berlin, www.bmvg.de.
- 23 Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 74.
- 24 Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.: Entente Cordiale. Eine erste Bilanz französisch-britischer Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. DGAP-Analyse, August 2012.
- 25 Lockmittel Job-Garantie, Frankfurter Rundschau vom 27.09.2012.
- 26 Sicherheitskonferenz-Chef Ischinger für Rüstungsfusion, Financial Times Deutschland vom 21.09.2012.
- 27 Wagner, Jürgen: Fusionspläne von EADS und BAE Systems. Der Militärisch-industrielle Komplex der Europäischen Union nimmt Gestalt an. IMI-Analyse 2012/018 vom 17.09.2012. www-imi-online.de
- 28 Dickow, Marcel/Buch, Detlef: Europäische Rüstungsindustrie - kein Heil im Export. SWP-Aktuell 13, März 2012.
- 29 Dickow/Buch, a.a.O.
- 30 Handelsblatt vom 14.07.2011. Zitiert nach: Jürgen Nieth: Panzer für Despoten. Wissenschaft & Frieden 2011-3.
- 31 Frankfurter Rundschau vom 1.8.2012, Die Merkel-Doktrin.
- 32 Dickow, Marcel/ Buch, Detlef: Europäische Rüstungsindustrie - Kein Heil im Export. SWP-Aktuell 13, März 2012.
- 33 SWP-Aktuell 13, a.a.O.
- 34 Friederichs, Hauke: Soldaten helfen beim Waffenexport, "Die Zeit" vom 28.06.2012.
- 35 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt, Berlin, 2009.

- 36 Bundesverband der Deutschen Industrie und Bundesministerium für Verteidigung: Gemeinsame Erklärung zu nationalen wehrtechnischen Fähigkeiten, Berlin, 20.11.2007.
- 37 Die Armee ist kein gepanzertes Technisches Hilfswerk. Interview mit Thomas de Maiziére, Zeitschrift "Internationale Politik", Nov./Dez. 2011.
- 38 "Das Parlament", Nr. 37-38, 12.09.2011.
- 39 <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-deutschland-im-kampfdrohnen-dilemma-1.1427711>, 31.07.2012.
- 40 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article108473948/De-Maiziere-wirbt-fuer-Einsatz-bewaffneter-Drohnen.html>, 3.8.2012.
- 41 Major, Claudia: Mehr Europa in der Nato. SWP-Aktuell 52, Berlin, September 2012.
- 42 Keller/Möller/Sinjen/Varwick: Zivilmacht mit Zähnen. Deutsche Vorschläge für eine Neubelebung der GSVP. In: Internationale Politik 2. März/April 2012.

Prof. Dr. Wolfgang Triebel

Pazifisten und Sozialisten sind Verbündete, keine Rivalen

Ausgangsüberlegung

Anfang September 2012 veröffentlichten die beiden Vorsitzenden der Linkspartei eine erste Auswertung ihrer Rundreisen durch Deutschland und beschrieben politische Hauptfragen, die Mitglieder und Wähler der Linkspartei sowie andere Bürger derzeit am meisten bewegen. *"Die Friedenspolitik wird gegenwärtig nicht in dem Maße benannt."* Folgerichtig setzen sie an die Spitze der Losungen der Linkspartei im Bundestagswahlkampf 2013: *"Kein Geschäft mit dem Tod! Kein Krieg nirgends! Für einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte."*¹

Es ist nachdenkenswert, warum es trotz unserer Erfahrungen mit deutscher Verantwortung für zwei verbrecherische Weltkriege im 20. Jahrhundert nicht gelungen ist, den unbestreitbaren Friedenswillen unseres Volkes in ebensolches Friedenshandeln umzusetzen. *Wir, die Nachkriegsgeneration, die wir **zwischen** Deutschlands martialischer Vergangenheit und Deutschlands Zukunft ohne Krieg und in freundschaftlicher Verbundenheit mit anderen Völkern und Nationen stehen, wir wollten dieses Ziel schon in unserer Lebenszeit erreichen. Wir haben es nicht geschafft. Sozialistische Bewegungen in Deutschland und in Europa verhinderten nicht, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts Krieg wieder ein regierungsamtliches Mittel von Politik geworden ist. Die Regierungen der Europäischen Staaten unternehmen noch immer keine wirksamen Anstrengungen, um die weltweit widersinnige Hochrüstung zu beenden und durch Rüstungskonversion Kriegsmaterial abzuschaffen.*

Im Gegenteil, es gibt wie vor hundert Jahren Schreiberlinge, die Kriege nicht als Verbrechen von Menschen anprangern, sondern als unbestimmbares Schicksal ansehen. Jüngst erschien ein Buch mit dem Titel *"Den Krieg erklären"*. Darin wird *"Zerstrittenheit der Öffentlichkeit"* über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo in der Welt beklagt. Dies wäre *"Ausdruck einer durchgreifenden und fundamentalen Pazifizierung der deutschen Psyche, die aus dem Schock der Niederlage von 1945"* erwachsen sei. Der 8. Mai 1945 wird hier noch immer als Niederlage angesehen, das ist schlimm, aber noch schlimmer ist, dass die Autoren dieser *"fundamentalen Pazifizierung"* den Garaus machen wollen.² Einer der Autoren, Prof. Dr. Jürgen Schulz von der Universität der Künste Berlin, begann am 15. September 2012 in der Berliner AdK seinen Vortrag über Informationspraktiken bei Kriegsberichten (Thema: *"Schimäre der Information"*) mit der Aussage, Krieg könne nicht erklärt werden. Da es keine Diskussion gab, blieb diese Feststellung leider unwidersprochen.

Wie viel weiter im Denken war dagegen Bertha von Suttner 1889 in ihrem Buch *"Die Waffen nieder"*. Sie hatte damals Schwierigkeiten, dieses Buch in Deutschland zu veröffentlichen. Die Ablehnungen zweier Verlage sind höchst aufschlussreich: *"Gnädige Frau! Mit Bedauern sehen wir uns veranlasst, Ihnen das .. Manuskript zurückzuschicken. Große Kreise unserer Leser würden sich durch den Inhalt verletzt fühlen."*³ Welche Kreise mögen das gewesen sein? Ein anderer Verleger schrieb nach wortreichen Höflichkeiten: *"Trotz aller Vorzüge aber ist es ganz ausgeschlossen, dass der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht wird."* In Deutschland als Militärstaat waren und sind bis heute Bücher gegen den Krieg unerwünscht, sie lähmen Wehrfähigkeit und Wehrbereitschaft der Bevölkerung und besonders der Jugend.

Zur politisch-geistigen Atmosphäre vor und nach 1900

Die militanten Zuspitzungen der deutschen und europäischen Geschichte im Übergang zum 20. Jahrhundert haben sowohl die sozialistische als auch die bürgerlich-liberale pazifistische Antikriegsbewegung hervorgebracht. Zum 100. Jahrestag der Friedenskonferenz von Basel muss darum auch der hundertjährige Widerstreit zwischen Sozialisten/Linken und Pazifisten/Pazifismus über Wege zu einem dauerhaften Frieden herangezogen werden. Auf einen Nenner gebracht: im

Deutschland jener Zeit herrschte der militante preußisch-deutsche Wilhelminismus. Über ihn gab ein Dr. Ernst Berner, Königlich Preußischer Hausarchivar, in seiner *"Geschichte des Preußischen Staates"* 1891 eine erschreckende Selbstdarstellung.

Mit Entstehung des Deutschen Kaiserreiches 1871, so Ernst Berner, sind *"... die Machtverhältnisse der Staatengemeinschaft Europas vollkommen andere geworden. Ein neues Zeitalter brach für Europa an, in welchem Deutschland die Führung übernahm ... Die Erstarkung Deutschlands ... [und] ... dass das Reich kriegsgerüstet blieb ... erwies sich als der zuverlässigste Bürge des Friedens ... Der das ganze Volk einende und sittlich fördernde Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht gewann immer tiefere Verwirklichung. Das ließ Bismarck das Herz so mächtig anschwellen, dass er in ... die Welt hineinrief: 'Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.'*

Jetzt aber konnte auch der Flotte eine viel eingehendere Berücksichtigung als früher zuteilwerden ... eine Flotte, die ... dem deutschen Volke durch vorwärtsstrebende Kolonien in Afrika und Australien Anteil am Welthandel gewährte ... Hier ... zeigte sich, ... dass die Nation infolge der ungeahnten Schätze, die sich ihm auftaten, in einen Taumel verfiel ... und niemals hat sich die schöpferische Kraft der Kriege deutlicher gezeigt ...

Nun ... fühlte die Nation, welche Riesenkräfte sie hatte, nun fühlte Europa, dass Deutschland das Herz der Welt (ist), und die Hauptstadt des Kaisers wurde ... für ... Staatsmänner und Generale das, was einst Mekka den Gläubigen, was Rom der katholischen Welt gewesen ... Der Mittelpunkt aber ... war ... der Kaiser ... die lebendige Verkörperung der sittlichen Idee, der Pflichtenkenntnis und der Pflichttreue der Hohenzollern ... Er (wollte) ... die Einheit zwischen Staat und Volk, welche die Sozialdemokratie mit ruchloser Hand zu stören sucht, wieder herzustellen ... und dem frechen Hetzen der Sozialdemokratie die Mittel zum Kampf entziehen."⁴

In ein derartig seit 1871 gezüchtetes ideologisches Gemengsel aus Nationalismus und Chauvinismus, aus nationalem Hochmut und politischer Arroganz, aus Expansionsdrang und Militarisierung des öffentlichen Lebens, in dem die Verbeugung vor Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. Mittel zur Beugung der Untertanen war, in solcher Art politisch geprägten Gesellschaft wurde zugleich ein abgründiger Hass gegen die organisierten Arbeiterorganisationen geschürt und Antikriegsbewegungen als unpatriotisch und schizopren diffamiert.

Unter diesen politischen Bedingungen kämpfte die gewachsene organisierte Arbeiterbewegung immer an zwei Fronten: Gegen die sich ausbreitende soziale Not durch Auswirkungen der damaligen rasanten industriellen und wissenschaftlich-kulturellen Entwicklungen und gegen die Militarisierung der Gesellschaft durch diesen arroganten Wilhelminismus. August Bebel hatte 1889 im Reichstag gegen das neue Ausmaß der Militarisierung, mehr Truppen und steigende Rüstungskosten als Ursachen für die Ausbreitung der Armut im Volk protestiert und gefordert: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!"

Berlin, Deutschlands Hauptstadt, war gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Hochburg von Wissenschaft, Kunst und Kultur geworden. Neben medizinischen Fortschritten und Verbesserungen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (Altersversicherung) entstanden in Berlin 1893 ein "Club für Fabrikanten und Millionäre", 1895 der "Bund der Industriellen" und ab 1894 ein "Alldeutscher Verband". Als dessen "Vater" gilt Alfred Hugenberg, später ein Steigbügelhalter Hitlers. Der Alldeutsche Verband fungierte als Dachorganisation weiterer in diesem Jahrzehnt gebildeter Vereine mit spezieller politischer Klientel und eigener inhaltlichen Ausrichtung wie Wehrverein, Flottenverein, Deutscher Schulverein, der bei Hitler "Verein für das Deutschtum im Ausland" hieß, Ostmarkenverein, Kyffhäuserverband Deutscher Studenten, Kolonialgesellschaft und andere mehr.⁵ Berlin wurde Bankenzentrum Deutschlands und weltweit gewichtiger Finanzstandort. Juristen arbeiteten ab 1895 am Bürgerlichen Gesetzbuch, das 1900 in Kraft trat und bis heute gilt. Bis 1900 entstanden 138 Unternehmerverbände.⁶

Alarmierend war die öffentliche Unverfrorenheit der *Militarisierung* der Politik. Ein Flugblatt der Alldeutschen trug den Titel: *"Auf der Schwelle des Weltkrieges"* und meldete Deutschlands *"natürlichen Ansprüche an den Mitbesitz der Weltherrschaft"* an, die *"in Güte oder mit Gewalt zu ihrer Zeit zu ihrem Recht kommen"* würden.⁷ Der Vorsitzende des Verbandes, Prof. Ernst Hasse, schrieb 1895 eine Abhandlung *"Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950"*, in der es u. a. hieß: *"Im heutigen Deutschen Reiche wohnen neben 47 Millionen Deutschen vier Millionen Undeutsche ..."*⁸ "Undeutsch", eine noch heute aktuelle Vokabel.

Die Militarisierung der deutschen Hauptstadt erreichte nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Waffenfabrik Mauser ging 1897 im Loewe-Konzern *"Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken"* auf, andere Berliner Firmen übernahmen ebenfalls Rüstungsaufgaben. Zwischen 1871 und 1914 entstanden in Berlin an die 100 militärische Gebäude einschließlich 17 neuer Kasernenkomplexe für ca. zwanzig Regimenter und Bataillone mit Exerzier-, Reit- und Appellplätzen, Stallungen für Pferde, neue Großwaffen, Fahrzeuge usw. Bis 1914 waren in Berlin an die 60 000 aktive Militärs stationiert. *"Die politisch bestimmte übersteigerte Verehrung des Militärischen, der preußische Uniformkult ... führten zu einer überproportional herausgehobenen Stellung des Militärs im öffentlichen Leben. Auch im zivilen Behördenbereich war die Pflege militärischer Verhaltensformen allgegenwärtig."*⁹

Wie reagierte die Bevölkerung? Die in jenen Jahren beeindruckende industrielle und kulturelle Entwicklung verhalf sozialpolitisch vielen nicht oder weniger Begüterten zu bis dahin unerwarteten Arbeits- und Lebenschancen und zu bescheidenem Wohlstand, der politische Aktivitäten in sozialen Auseinandersetzungen einschränkte und verdrängte. Ähnliche Erscheinungen lassen sich vor 1939 und wiederum nach 1990 und heute feststellen. Jeweils nach dem erreichten Platz in der Gesellschaft betrachteten nicht wenige Angehörige der unteren sozialen Klassen und Schichten das 1890er Jahrzehnt und weiter bis 1914 für sich privat und persönlich sowie beruflich als erfolgreiche Jahre. Meine Mutter sprach von ihren schönen Kinder- und Jugendjahren auf der Fischerinsel nahe Schloss und Tiergarten.

Die Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 hat tatsächlich zu einer politischen Neuordnung Europas und in Deutschland zur forcierten militärischen Aufrüstung geführt. Antimilitaristische Gegenbewegungen bürgerlicher Kreise begannen sich europaweit zu organisieren. Bertha von Suttner leitete mit dem 1. Weltfriedenskongress in Paris 1889, an dem mehr als 100 Friedensgesellschaften teilgenommen haben, eine neue Welle internationaler Friedenskongresse ein und rief zur Bildung weiterer nationaler Friedensorganisationen auf. 1891 wurde sie Vizepräsidentin des "Internationalen Friedensbüros" in Genf. Am 9. November 1892 konstituierte sich in Berlin die **"Deutsche Friedensgesellschaft" (DFG)** als Vereinigung deutscher Kriegsgegner. Die Mitglieder der DFG waren meist Angehörige des mittleren Bürgertums wie Schriftsteller, Lehrer, Universitätsprofessoren, Juristen, Pfarrer, Ärzte, Angestellte, auch Unternehmer, Banker, Handwerker, Arbeiter und Hausfrauen. Bertha von Suttners Buch hatte in Europa trotz aller Behinderungen Signalwirkung für die Sammlung der Friedenskräfte. Hauptgegner der Deutschen Friedensgesellschaft war der von 1890 bis 1900 forcierte militante preußisch-deutsche Wilhelminismus. In seinem politisch-ideologischen Feindbild hatte der Pazifismus einen dominanten Stellenwert.

Als wichtige Tatsache ist festzuhalten: Das rasante Tempo des industriellen Aufschwungs und die inneren vielschichtigen Widersprüche der historischen Abläufe zwischen 1871 und 1914 in Deutschland und in Europa haben zwei gegen Kriege, Militarismus und Rüstungspolitik kämpfende internationale Bewegungen politisch verbreitert und neu gefestigt: *Den Antimilitarismus der organisierten Arbeiterbewegung und den Pazifismus der liberal-bürgerlichen Friedensbewegung.*

Über den Antimilitarismus der organisierten Arbeiterbewegung ist in den Vorträgen bereits gesprochen worden. Hier nur zwei Nachträge: Einige Monate nach Engels' Artikelreihe *"Kann Europa abrüsten?"*¹⁰ hielt er am 22. September 1893 in den Konkordia-Festsälen in der

Andreasstraße in Berlin-Friedrichshain vor Sozialdemokraten eine Rede u. a. zur internationalen Verantwortung der Berliner Sozialdemokratie, die seinerzeit 160 000 Stimmen erzielt und fünf Reichstagsabgeordnete hatte. Damit *"steht Berlin an der Spitze aller europäischen Großstädte und hat selbst Paris überflügelt ... Die Bourgeoisie ist bestürzt bei jeder neuen Reichstagswahl über das unaufhaltsame Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen ... So ist es gekommen, dass die deutsche Sozialdemokratie die einigste, die geschlossenste, die stärkste in der ganzen Welt ist ..."*¹¹ Die deutsche Sozialdemokratie war eine Massenpartei geworden. Sie verfügte am Ende des 19. Jahrhunderts über ca. 60 politische Zeitungen mit mehr als 259 000 Abonnenten, 50 Gewerkschaftszeitungen mit vielen Abonnenten und satirische und Unterhaltungsblätter, dazu "Die neue Zeit" als theoretisches Organ der Partei. Die Sozialdemokratie damals besaß insgesamt mehr Publikationsmittel als die SPD heute, sie überlässt die politische Bildung ihrer Mitglieder Springers Bildzeitung u. ä. dubiosen Journalen.

Der zweite Nachtrag: Wilhelm Liebknecht hat 1892 im "Vorwärts" Bertha von Suttners Buch "Die Waffen nieder" als Fortsetzungsroman gedruckt, nachdem sie in bürgerlichen Zeitungen totgeschwiegen oder als "rote Bertha" diffamiert worden war. 1893 erschien im "Vorwärts" die letzte große Schrift von Engels "Kann Europa abrüsten?" Prof. Ernst Weit bewertete diese Konstellation wie folgt: *"Bertha von Suttner und Friedrich Engels haben mit Hilfe von Wilhelm Liebknecht eine Art des Umgangs miteinander entwickelt, die ich als höchst bedenken- und bewahrenswertes Erbe des Klassischen Pazifismus und des ursprünglichen Marxismus in der Friedensfrage bezeichnen möchte."*¹² (Unterstreichung von mir, W. T.) Dieser hoffnungsvolle Ansatz für gemeinsames Handeln im Kampf gegen Krieg und für Frieden und um der obrigkeitlichen friedensfeindlichen Demagogie vereint entgegenzutreten, ist durch Vorurteile in der Sozialdemokratie gegenüber dem Pazifismus sowie umgekehrt nur sporadisch in Einzelaktionen weitergeführt worden.

Die hauptsächlichsten Berührungsschwierigkeiten in der Frage Krieg und Frieden zwischen organisierter Arbeiterbewegung und bürgerlicher Friedensbewegung einschließlich Pazifismus resultierten aus der weltanschaulich-politischen Kombination von sozial begründeten emanzipatorischen Bestrebungen und antimilitaristischen Überzeugungen und Aktivitäten in der Sozialdemokratie. Die Vorstellung der Sozialisten damals, den Kampf für den Frieden revolutionär mit dem Sturz des kapitalistischen Systems zu verbinden, düpierte das pazifistische Antikriegsengagement. Viele Pazifisten wollten sich nicht an Parteien binden. Gemeinsames Handeln war ideologisch blockiert und schwächte die Friedensbewegung. Den Nutzen hatten die politischen Gegner. Dieser Fehler rächt sich bis heute.

Notabene: An einer solchen Blockade war Karl Marx nicht unschuldig. Als Delegierte der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) 1867 an einem zeitgleich in Genf tagenden Friedenskongress teilnehmen wollten, riet Marx, dort nur als Einzelperson hinzugehen, nicht als Vertreter der IAA. Seine Begründung: *"Der Kongress der IAA sei an sich schon ein Friedenskongress, da die Vereinigung der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder internationale Kriege schließlich unmöglich machen müsse. Hätten die Initiatoren des Genfer Friedenskongresses den Kern dieser Frage wirklich verstanden, dann wären sie der IAA beigetreten ... Wer es ablehne, mitzuwirken an einer Veränderung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, lasse die wirklichen Voraussetzungen für einen allgemeinen Frieden außeracht."*¹³

Der Gedanke von Marx war und ist theoretisch richtig, aber in der praktisch-politischen Friedensarbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung führte diese Denkweise de facto zur Ausgrenzung anderer Bewegungen mit gleichen oder ähnlichen Zielen. *Die Kriege des 20. Jahrhunderts und die im jetzigen 21. Jahrhundert mahnen nachdrücklich, Ausgrenzungen unter Kriegsgegnern nicht zuzulassen, sondern von Übereinstimmungen im Grundsätzlichen auszugehen und aktuelle Kräfteverhältnisse in Friedensstrategien einzubeziehen.* Leider werden in marxistisch-sozialistischen Parteien überholte Vorurteile gegen Pazifismus und Pazifisten noch immer strapaziert. Allerdings trifft ebenso zu, dass Führungspersönlichkeiten der DFG und Pazifisten

damals und zum Teil auch heute nicht frei sind von Aversionen gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung. Insofern tragen beide Bewegungen Mitverantwortung, dass Kriege noch immer nicht aus dem Leben der Menschheit verbannt sind.

Pazifismus ist energischer Einsatz für das Menschenrecht auf Leben

Vorbehalte gegenüber Pazifismus bzw. Pazifisten schwächen die Friedensbewegung. Es geht aber um die Bekräftigung, dass Pazifisten bzw. Pazifismus und organisierte Arbeiterbewegung in der Verhinderung von Rüstungspolitik und Krieg inhaltlich prinzipiell übereinstimmende Ziele verfolgen, aber deren Verwirklichung, also die Erhaltung und Sicherung des Friedens, nur durch gemeinsames Handeln und die Gewinnung weiterer Kriegsgegner erreichen können. Vor allem Frauen und Mütter gehören an die Spitze von Pazifismus und Friedensbewegung. Ich erinnere an Maxim Gorkis "An die Frauen und Mütter" von 1928.

Die 1892 von Bertha von Suttner (1843 - 1914) und dem österreichischen Verleger Dr. Alfred Hermann Fried (1864 - 1921) gegründete "Deutsche Friedensgesellschaft" hatte ihre politischen Ziele 1892 in ihrem Aufruf "An das deutsche Volk" weitgreifend formuliert: Die Deutsche Friedensgesellschaft "soll einen Vereinigungspunkt für alle bilden, denen es wünschenswert erscheint, dass die aufeinander angewiesenen Staaten sich durch Verträge verpflichten, alle unter ihnen entstehenden Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu entscheiden. Ihre Selbständigkeit und der gegenwärtige Stand ihres Besitzes soll durch diese Verträge nicht angetastet werden ...

*Wir verfolgen diese Ziele mit praktischen Mitteln; von allen diesen Mitteln ist das mächtigste die öffentliche Meinung: wenn die Zahl der Mitglieder der Friedensgesellschaften so groß geworden ist, dass der Ausdruck ihres Willens der Ausdruck des Volkswillens ist, dann wird keine Macht imstande sein, einen Krieg zu entfesseln, dann, aber nur dann wird auch die Furcht vor dem Kriege und mit ihr die Ursache der zur unerträglichen Last gewordenen Rüstungen verschwinden, unter denen Europa seufzt ..."*¹⁴

Ein Höhepunkt der bürgerlich-liberalen europäischen Friedensbewegung war zweifellos der 10. Kongress der Weltfriedensbewegung 1901 in Glasgow in Großbritannien.¹⁵ Die Teilnehmer in Glasgow einigten sich für ihr Friedensengagement auf den Begriff PACIFISMUS, d. h., sie wollten FRIEDEN SCHAFFEN.¹⁶ Der Pazifismus wird in der inzwischen mehr als hundertjährigen Geschichte der modernen Antikriegsbestrebungen liberaler bürgerlicher Kreise sein besonderes politisches Gewicht auch künftig behalten. Der Pazifismus wurde in Europa zum Fanal nicht nur der bürgerlich-liberalen Antikriegsbewegung, sondern seine Protagonisten entlarvten auch die Ursachen von Kriegen, Rüstungspolitik der Regierenden und Wehrpflicht. Pazifismus ist kein Duckmäusertum, und Pazifisten halten auch nicht die linke Backe hin, wenn sie auf die rechte geschlagen werden. Pazifisten verstanden sich in des Wortes Bedeutung immer als Friedensaktivisten, als Friedenstäter, die sich an die Spitze des Kampfes gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen durch forcierte Rüstung stellten und sich ohne Wenn und Aber mit ihrer Person entschlossen für Frieden einsetzten. Pazifismus ist gelebter Humanismus, er bedeutet Aufklärung und ist dem ersten aller Menschenrechte, dem Recht auf Leben, zutiefst verpflichtet. Des Kaisers Meinungsmacher und die Chauvinisten zeihen Pazifisten der Feigheit, des Vaterlandsverrates und ähnliches mehr. Tausende von ihnen wurden verfolgt und ermordet, am schlimmsten in der Nazizeit.

Auf der heutigen Konferenz stehen Friedensaktivitäten des Jahres 1912 im Mittelpunkt. Darum sei ein anschauliches wie markantes Beispiel pazifistischer Tatkraft vor hundert Jahren erwähnt und vom Handeln einiger berühmter Pazifisten aus dem Ersten Weltkrieg erzählt.

Im Sommer 1912 veröffentlichte der 31jährige Hamburger Lehrer und Schulreformer Wilhelm Lamszus (1881 - 1965) sein Aufsehen erregendes Buch "Das Menschenschlachthaus" mit dem Untertitel "Bilder vom kommenden Krieg". Willi Bredel (1901 - 1964) schrieb darüber, "... ein Mann aus dem Volke, ein Volksschullehrer, hat das erste deutsche Buch gegen den imperialistischen Krieg

geschrieben, es erreichte in wenigen Monaten 70 Auflagen".¹⁷ Zum Inhalt: Ein junger Mann meldet sich freiwillig an die Front und erlebt hautnah die Grausamkeiten des Krieges. Am Ende wird er in einem Massengrab verscharrt. Diesem Buch ist auch heute eine breite Leserschaft zu wünschen, weil es "eine allgemeine Warnung vor einem kommenden Schlachtfest der Kultur, vor Massenwahnsinn und Bürgerkrieg" darstellt. In dem erkennbar kommenden Krieg, so Lamszus, wird der Krieg den Menschen auf unerträgliche Weise "zu einer Kruppschen Militärmaschine machen". Am Einsatz des Maschinengewehrs demonstriert er es. Lamszus prangert aber besonders das "Unmaß an Blindheit und Ignoranz"¹⁸ an, dem er in bürgerlichen und literarischen Kreisen gegenüber den Kriegsgefahren begegnete. Nach Veröffentlichung seines Romans wurde Lamszus in der bürgerlichen Presse u. a. als "vaterlandsloser Geselle" beschimpft, ein damals typisch denunziatorischer Begriff. Der deutsche Kronprinz persönlich soll vom Hamburger Senat seine Entlassung aus dem Schuldienst gefordert und den Verkauf des Buches verboten haben. Beides allerdings ohne Erfolg, Lamszus gehört zu den demokratischen Schulreformern jener Jahre.

So wie dieser junge Mann im Roman von Lamszus zog auch mein Vater 1917 freiwillig in den Ersten Weltkrieg und kam als Pazifist aus der Gefangenschaft zurück. Der Maler Heinrich Vogeler (1872 - 1942) - der vor 70 Jahren starb - bekannte, 1914 überzeugt von des Kaisers Ruf die Uniform angezogen zu haben, aber nach dem Kriegserleben "glühender Pazifist" geworden zu sein und nur noch ein Streben kannte: "Es muss endlich Frieden sein!"¹⁹ In diesen historisch-politischen Kontext des 2. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts gehört auch der berühmte Romanzyklus von Arnold Zweig "Der große Krieg der weißen Männer".

Noch etwas ist erwähnenswert: Als im Sommer 1914 beim Überfall auf Belgien deutsche Truppen die berühmte Bibliothek der Stadt Löwen zerstörten, was europaweite Proteste hervorrief, meldeten sich am 4. Oktober 1914 insgesamt 93 Gelehrte und Künstler vorwiegend aus Berlin mit ihrem Aufruf "An die Kulturwelt" zu Wort und verteidigten diese Scheußlichkeit mit der Lüge von dem Deutschland angeblich aufgezwungenen Krieg, in dem - heute würden einige sagen - "Kollateralschäden" unvermeidlich waren. Zeitgleich schrieben zwei Berliner Professoren, der Herzspezialist der Charité Georg Friedrich Nikolai (1874 - 1964) und der Physiker Albert Einstein (1879 - 1955) einen "Aufruf an die Europäer!", in dem sie den Text der 93 als "unwürdig dessen, was bisher alle Welt unter dem Namen der Kultur verstanden hat", verurteilten.²⁰ Diesem Aufruf schlossen sich der einstige Mitarbeiter Alexander von Humboldts, der Astronom Prof. Wilhelm Julius Foerster (1832 - 1921), und der Marburger Privatgelehrte Otto Buek (geb. 1873) an. Aber die Wirkung dieses Aufrufs war gering, militaristisches Denken war unter deutschen Hochschullehrern sehr verbreitet. Nikolai erlebte den Kriegsbeginn während einer internationalen Ärztetagung in Frankreich. Abgestoßen von der dort verspürten Kriegshysterie meldete er sich zum Kriegsdienst und wurde Zivilarzt im Offiziersrang auf dem Tempelhofer Feld. Das Leiden der Verwundeten und die nationalistischen Sprüche seiner Kollegen veranlassten ihn zu einer Vorlesungsreihe über die Verhinderung von Kriegen. Dazu kam es nicht, er wurde versetzt. In Graudenz (Polen) begann er "Die Biologie des Krieges" zu schreiben, eine Auseinandersetzung mit dem Sozialdarwinismus und dessen Behauptung, Kriege wären eine natürliche Auslese im Kampf ums Dasein. Nach Veröffentlichung einiger Auszüge wurde er von einem Kriegsgericht als Pazifist verurteilt. Einstein verhalf ihm zur Flucht nach Kopenhagen. Hier gründete er die Zeitschrift "Das werdende Europa. Blätter für zukunftsfrohe Menschen", leider erschien nur ein Jahrgang.

Der Pazifismusbegriff wurde zum Synonym für den Zusammenschluss mutiger Kämpfer für den Frieden. Vom Beginn ihres Bestehens an hat die DFG für ihre Ziele berühmte Repräsentanten gewinnen können, neben Foerster, Einstein und anderen z. B. den Schriftsteller Friedrich Spielhagen (1829 - 1911), den Mediziner Rudolf Virchow (1821 - 1902), den Theologen, Organisten und Arzt in Lambarene Albert Schweitzer (1875 - 1965), die Schriftsteller Thomas (1875 - 1955) und Heinrich Mann (1871 - 1950), Kurt Tucholsky (1890 - 1935), Carl von Ossietzky (1899 - 1938) und viele andere mehr. Gegen diese Einflüsse setzten die herrschende materielle Macht der Gesellschaft und die sie verkörpernden militanten Kräfte in Deutschland alle ihre Möglichkeiten ein,

um das Denken des Volkes gegen den Pazifismus zu manipulieren. Preußische Tugenden und christliches Denken sollten dem Volk anezogen werden. Damals hatten diverse vom Alldeutschen Verband inhaltlich gestützten Vereine und Verbände diese Aufgabe wahrzunehmen. Heute werden schon wieder preußische Tugenden als Ideale hervorgehoben und in Schulen und Hochschulen sowie nicht zuletzt in den Medien verbreitet.

Nachgetragen zur Rolle Bertha von Suttners für die Ausbreitung des Pazifismus sei ein Auszug aus einem Brief des russischen Schriftstellers Leo Tolstoi an Bertha von Suttner vom 28. August 1901: *"Je weiter ich im Alter voranschreite und je mehr ich die Frage des Krieges durchdenke, desto überzeugter bin ich, dass die einzige Lösung der Frage die Weigerung der Bürger ist, Soldat zu werden. Solange jeder junge Mann von 20, 21 Jahren ... verspricht, alle zu töten, die sein Führer zu töten befiehlt, selbst seine Brüder und Eltern: so lange wird der Krieg nicht aufhören und immer wilder werden - wie es in unseren Tagen geschieht. Damit der Krieg verschwindet, braucht man weder Konferenzen noch Friedensgesellschaften, man braucht nur eins: die Wiederherstellung der Würde des Menschen ..."*¹²¹

Mögen die Glocken von Basel weiterhin läuten²²

Um auf meinen Anfang zurückzukommen: Es ist beängstigend, dass auch heute wieder viele Deutsche meinen, Kriege seien weit von uns weg und die NATO würde uns schützen. Unsere politischen Vorväter damals sahen 1912 einen Weltkrieg kommen. Genauso stellen wir - die wir um Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege wissen - 2012 fest, dass gegen jede Vernunft an mehreren Orten der Welt Feuer entflammt worden sind, die sich zum Weltbrand ausweiten können, wenn sie nicht vorher ausgetreten werden. Die Mehrheit unserer Bevölkerung und der amtierenden Politiker wurde erst nach dem zweiten Weltkrieg geboren. Sie kennen Bombardierungen, brennende und zusammenstürzende Wohnhäuser nur aus dem Fernsehen in fernen Staaten. In den Kriegen seit der Jahrtausendwende waren die von den USA dominierte NATO dabei und meist auch deutsche Soldaten. Solche völkerrechtswidrigen militärischen Abenteuer werden seit 1990 als Bündnistreue und Friedensmission bemäntelt. Die NATO ist entgegen den Behauptungen ihrer Propagandisten kein Instrument zur Friedenssicherung, sondern politischer Provokateur und Kriegstreiber. Wie soll und wer kann unter diesen Umständen welche Würde welcher Menschen wiederherstellen? Hierauf sollten Mitglieder der Partei *DIE LINKE* eindeutig antworten können.

Pazifismus und jede andere antimilitaristische Bewegung steht in Deutschland ganz besonders einer seit Generationen weltanschaulich verfestigten Suggestion von Vorurteilen gegenüber. Militär und Waffen gelten seit Jahrhunderten als Kennzeichen staatlicher Souveränität. In Dokumenten demokratischen Völkerrechts²³ festgeschriebene höchste Werte internationaler Politik wie die Ächtung des Krieges als Mittel von Politik, der Schutz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Achtung von Grenzen und Souveränität anderer Staaten usw. - nicht zuletzt, dass jedes Volk allein über seine Staatsform und Regierung entscheidet - diese und ähnliche Werte werden von bestimmten Politikern und ihnen hörigen Medien ihres Inhalts beraubt und mit Friedensphrasen in ihr Gegenteil verkehrt. *Während Kriegstreiber, Kriegsgewinnler und Friedensdemagogen namentlich bekannt sind, kann man Zehntausende an den Vorbereitungen von verbrecherischen Kriegen Partizipierende nicht per Namen, sondern nur durch ihre Profession erkennen.* Interessenkonflikte behindern friedenspolitisches Denken bei Ingenieuren und Technikern in der Rüstungsforschung und bei Arbeitern in der Rüstungsindustrie. Deren Denken ist durch meist gesicherte gut bezahlte Arbeitsplätze bestimmt. Sie wissen, was sie herstellen und wann und wozu die von ihnen entwickelten und produzierten Erzeugnisse eingesetzt werden. Aber ihre Tätigkeit objektiv als Mitwirkung an regierungsamtlich organisierten Kriegen und bewusst herbeigeführten Massenmorden zu erkennen, das ist für viele noch ein weiter Weg der Erkenntnis. Würden Gewerkschaften im Interesse neuer Arbeitsplätze zur Konversion der Rüstungsindustrie auffordern, wäre das eine wirksame Maßnahme für den Frieden und würde den darin Beschäftigten ihre Würde als humanistisch denkende und handelnde Menschen zurückgeben. *Die Würde eines jeden Men-*

schen hängt vom Erkennen seiner persönlichen Verantwortung für den Frieden und von der Herausbildung eines neuen Denkens über alles Militärische ab.

In dem eingangs genannten Papier der beiden Vorsitzenden der Linkspartei wird für die inhaltliche Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2013 eine richtige Losung vorgegeben: *"Kein Geschäft mit dem Tod!"* Helfen wir, das zu verbreiten und dabei Sozialisten und Pazifisten als Verbündete einzubeziehen.

Anmerkungen

- 1 Text im Internet: Die Linke Newsletter v. 5. Sept. 2012: Diskussionspapier zur Wahlkampfplanung.
- 2 Zowislo-Grünwald, Schulz, Buch: Den Krieg erklären. München 2011. Hier zitiert nach Rezension von Uli Gellermann in Rationalgalerie; siehe: http://www.rationalgalerie.de/archiv/index_2_369.html.
- 3 Zitiert nach: Wolfgang Triebel: Herausbildung und Entwicklung organisierter Friedensbewegungen und des Pazifismus im 20. Jahrhundert. In: Herbert Jansen/Wolfgang Triebel (Hrsg.): Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen. GNN-Verlag Schkeuditz 2000, S. 25 ff.
- 4 Ernst Berner: Geschichte des Preußischen Staates, München und Berlin 1891, Verlagsanstalt für Kunst und Wissenschaft, S. 743 ff.
- 5 Ebenda, S. 20.
- 6 Siehe: Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Band I, Monopole und Unternehmerverbände. Berlin 1948, S. 191 ff.
- 7 Jürgen Kuczynski: Studien ... a.a.O., Band II: Propagandaorganisationen des Monopolkapitals, S. 13.
- 8 Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945. Bonn 1994, S. 107.
- 9 Siehe: Bernd Fischer: Die Militärstadt Berlin zwischen Deutsch-Französischem Krieg und Erstem Weltkrieg. In: Berliner Wege zur Weltstadt. Berlin 1993, S. 29 ff., Zitat S. 31.
- 10 Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten? In: Marx-Engels-Werke, Band 22, Berlin 1993, S. 373.
- 11 Friedrich Engels: Rede auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin am 22. September 1893. In: Ebenda, S. 412.
- 12 Ernst Voit: Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit. In: Philosophische Gespräche. Herausgegeben von "Helle Panke e. V." Berlin, o. J. (2004), S. 12.
- 13 Marx-Engels-Werke, Berlin 1962, Band 16, S. 529/530.
- 14 Zitiert nach: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830 - 1945. Handbuch Band 1, Leipzig 1968, S. 365.
- 15 Ernst Voit spricht in seiner o. g. Veröffentlichung auf Seite 9 vom 2. Weltfriedenskongress in Glasgow, ich halte das für einen Schreibfehler.
- 16 Aus lat. "Pax" (paxis) (Frieden) und "facio" = ich mache (1. Pers. Präsens von facere, tun, machen).
- 17 Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller, Band 2, Leipzig 1968, S. 8.
- 18 Geschichte der deutschen Literatur, Band 9, Berlin (DDR) 1974, S. 469.
- 19 Licius Stolo: Ein Zweifelder und Suchender. Neues Deutschland vom 16./17. Juni 2012, S. W 7.
- 20 Zitiert nach: GEP - Geschichte, Erziehung, Politik, Heft 6/1979, S. 361.
- 21 Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen. Berlin (DDR) 1972, S. 512.
- 22 "Die Glocken von Basel", Roman von Luis Aragon (1897 - 1982); darin würdigt er das Auftreten Clara Zetkins auf dem Kongress und dass die Glocken des Baseler Münsters den Kongress begleiteten.
- 23 Wie im Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der UN-Charta von 1945, der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, der Charta von Paris 1990 u. a. m.

Prof. Dr. Hans Hautmann

Die österreichische Sozialdemokratie und der imperialistische Krieg

Die Beschlüsse der II. Internationale auf den Kongressen in Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten die Aufgaben der Arbeiterparteien für den Fall festgelegt, dass es nicht gelingen sollte, den Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern. In ihnen war von der Pflicht die Rede, "die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen".¹

Die Antikriegsresolutionen von Stuttgart und Basel zeigten den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg sowie von Sozialismus und Frieden auf, fußten auf den Erfahrungen des antimilitaristischen Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung und trugen weder pazifistische noch defätistische noch anarchistische Züge. Sie waren marxistisch korrekt und realistisch, weil sie die Aufmerksamkeit der Arbeiterparteien darauf lenkten, einerseits den Imperialisten und Militaristen durch parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen die Kriegsvorbereitung und -entfesselung zu erschweren und andererseits im Antikriegskampf Erfahrungen für den Sturz des Kapitalismus zu sammeln.

Der Baseler Kongress im November 1912 versammelte sich in einer Situation höchster Kriegsgefahr, hervorgerufen durch scharfe Drohungen und Mobilisierungsmaßnahmen Österreich-Ungarns gegenüber Serbien, das einen Zugang zur Adria erstrebte, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Donaumonarchie abzuschütteln. Trotz, oder gerade wegen seiner inneren Schwäche erwies sich das Habsburgerreich spätestens seit der bosnischen Annexionskrise 1908/09 als einer der gefährlichsten Zünder im Rahmen des imperialistischen Konkurrenzkampfes, was der österreichischen Sozialdemokratie eine besondere Verantwortung auferlegte. Sie wurde im Baseler Manifest auch eigens angesprochen, in dem es hieß, dass die sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Ungarns, Kroatiens und Bosniens die Pflicht hätten, "ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen". Ihre Aufgabe sei es, sich dem Plan zu widersetzen, Serbien "in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken",²

Bekanntlich hat Lenin das Baseler Manifest sehr hoch eingeschätzt. Er sah darin eine Summierung der richtigen Erkenntnisse der II. Internationale in der Kriegsfrage für die ganze Periode ihres Bestehens und hob als dessen besonders positives Merkmal hervor, dass es mit keinem Wort die "Vaterlandsverteidigung" oder die Unterschiede zwischen einem Angriffs- und einem Verteidigungskrieg erwähnte.³

Stufen auf dem Weg zur Kriegsbejahung

Im Sommer 1914 gehörte auch die österreichische Sozialdemokratie zu den Parteien der II. Internationale, die sich über die mit ihrer Zustimmung gefassten Kongressresolutionen von Stuttgart und Basel hinwegsetzten. Bereits am 25. Juli 1914 wurde in einem Aufruf der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten, den die "Arbeiter-Zeitung" in Reaktion auf das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien veröffentlichte, anerkannt, "dass Österreich-Ungarn im Rechte ist, wenn es von der serbischen Regierung die strafrechtliche Verfolgung der Mitschuldigen begehrt; wir verstehen es, dass Österreich-Ungarn von Serbien Bürgschaften verlangt, dass dem unterirdischen Wühlen gegen die Sicherheit und Ruhe des österreichischen Staatsverbandes Einhalt getan werde, dass mit der fördernden Duldung, die die Machthaber in Serbien dieser Losreibungsbewegung entgegenbringen, gebrochen werde."⁴ Hier wurde von der Warte des "Staatsinteresses" der Donaumonarchie argumentiert und der Standpunkt der kaiserlichen Regierung bereits verteidigt.

Gleichzeitig drückte das Manifest die Überzeugung aus, dass Österreich-Ungarns Forderungen auch friedlich zu erfüllen gewesen wären und noch immer seien, und dass die Partei im Namen der Arbeitermassen "für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehme". Der Aufruf endete mit einem entschiedenen Protest gegen die Ausschaltung des Parlaments, gegen den "Absolutismus einer volksfremden Bürokratenregierung" und gegen die "verfassungswidrige, staatsverwüstende und volksschädliche Herrschaft der Regierung Stürgkh, die Gesetze und Verfassung zu Boden tritt".

Am 28. Juli 1914, dem Tag der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, lagen die Akzente schon anders. In einem Manifest, das Otto Bauer verfasste, war nur mehr die Rede davon, "gerüstet zu sein und gerüstet zu bleiben *für die Zeit nach dem Kriege*".⁵ Erste Pflicht aller Parteigenossen sei es, "unsere Organisation aufrecht zu erhalten" und "alles, was den Behörden einen begründeten Anlass oder Vorwand zur Unterdrückung oder Behelligung unserer Organisationen geben könnte, (...) zu vermeiden". "Unseren Soldaten" und den Arbeitern, "die zur Fahne berufen sind", wurde der "heißeste Wunsch" entsandt. Mit dem Aufruf vom 28. Juli gab die österreichische Sozialdemokratie den Kampf gegen den Krieg faktisch auf und verurteilte sich und ihre Presse zur Haltung der Passivität und strikten Festlegung auf den durch den Ausnahmezustand ohnehin bereits stark eingegengten Rahmen der Legalität. Von der noch drei Tage zuvor erfolgten Brandmarkung des "staatsverwüstenden" Stürgkh-Regimes war in dem Manifest vom 28. Juli nichts mehr zu finden.

Die dritte und letzte Stufe erreichte die Eskalation in den ersten Augusttagen, als das Eingreifen Russlands und der Krieg Österreich-Ungarns mit dem Zarenreich feststand. Die Führer der österreichischen Partei gewährten nun dem imperialistischen Krieg ihrer eigenen Regierung aktive und vorbehaltlose Unterstützung. Ausdruck fand diese Position in dem chauvinistischen Leitartikel von Friedrich Austerlitz "Der Tag der deutschen Nation" in der "Arbeiter-Zeitung" vom 5. August 1914.

Im Juli/August 1914 geschah *mehr* als nur die Fortsetzung des schon in den Jahrzehnten vorher angelegten Wandels der österreichischen Sozialdemokratie zu einer reformistischen Partei, deren Aktivität sich zunehmend auf die rein parlamentarische Ebene verlagerte. Der Krieg, in den Österreich-Ungarn eintrat, richtete sich nicht nur gegen fremde Völker, sondern auch gegen die Interessen der großen Mehrheit des österreichischen Volkes. Der so gut wie ausschließliche Sprecher dieser Interessen war in den internationalen Krisen der Vorkriegszeit immer wieder die sozialdemokratische Bewegung gewesen. Sie war in der Monarchie die Oppositionspartei schlechthin, die gegen Chauvinismus, Militarismus und die Pläne der Kriegstreiber, für Frieden und Völkerverständigung auftrat. All das wurde im August 1914 aufgegeben. Es kam zu einem wirklichen *Frontwechsel*, weil die Parteiführung nicht einmal auf der ohnedies schon zweifelhaften Position "neutraler" Passivität und des "Gerüstet-Bleibens für die Zeit nach dem Krieg" stehen blieb, sondern sich in Wort und Tat mit den Interessen der herrschenden Klassen solidarisierte. Die Lektüre von Artikeln wie "Befreiung vom moskowitzischen Joche"⁶, "Nach Paris"⁷, "Sturm! Hurra! Vorwärts!"⁸ oder von Berichten wie "Leben und Humor in den Schützengräben"⁹ beweist, dass sich die "Arbeiter-Zeitung" während der ersten Kriegsmonate höchstens in Nuancen vom Stil bürgerlicher Blätter unterschied. So konnte ein vertraulicher Bericht der Polizeidirektion Wien an das Ministerium des Inneren vom 8. November 1914 mit Genugtuung feststellen: "Es muss konstatiert werden, dass das führende Parteiorgan, die 'Arbeiter-Zeitung', was Sachlichkeit und Gründlichkeit in der Kriegsberichterstattung anlangt, mit den bestredigierten bürgerlichen Blättern in einer Reihe geht. Besonders sei hier hervorgehoben, dass das Blatt zeitweise, wie in der ersten Septemberhälfte, auf ihre Leser durch die *wiederholte Warnung vor jeglichem Pessimismus beruhigend zu wirken suchte* (...)"

Die 'Arbeiter-Zeitung' versäumt es nicht, immer wieder den starken Anteil der organisierten Arbeiterschaft an den Frontkämpfen hervorzuheben, berichtet mit Genugtuung von hervorragenden Waffentaten organisierter Arbeiter, sowie von den dabei erworbenen Auszeichnungen und *erwähnt lobend diejenigen Parteigenossen, die den Heldentod erlitten haben* (...) Im Verhalten der Partei

gegenüber den Behörden wurden keine missfälligen Wahrnehmungen gemacht. Wie vertraulich in Erfahrung gebracht wurde, hat die Parteileitung ihren Vertrauensmännern eingeschärft, alles zu vermeiden, was den Behörden Anlass zum Einschreiten bieten könnte und strikte Parteidisziplin zu wahren."¹⁰

Letztere "Wahrnehmung" hatte der Aufruf der Reichsgewerkschaftskommission vom 8. August 1914 bereits erhärtet. Darin wurden die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Verfügungen genauestens zu beachten und "Lohnbewegungen" (sprich: Streiks) für die gesamte Kriegsdauer zu unterlassen.¹¹

Auch das sozialdemokratische Frauenreichskomitee sprach in einer offiziellen Erklärung davon, dass nun die Aufrechterhaltung der Organisation das Wichtigste sei und die Abhaltung von Versammlungen unterbleiben solle. Ansonsten war der Aufruf der Arbeiterfrauen dem Kriegstaumel gegenüber distanzierter. In einer Passage war davon die Rede, die "geistigen Waffen, die sich das Proletariat zum Kampf gegen den Kapitalismus geschmiedet hat, nicht verrostet zu lassen".¹² Der kühle Ton des Frauen-Manifests nahm wohl darauf Rücksicht, dass die Arbeiterfrauen, von den Einberufungen ihrer Männer und den damit zusammenhängenden familiären Kalamitäten unmittelbar betroffen, gewiss am wenigsten Grund hatten, den Krieg zu begrüßen.

Antizarismus und fehlende parlamentarische Bloßstellung

Die zentrale Rolle schlechthin bei der Rechtfertigung des Standpunkts der Mittelmächte durch die Sozialdemokratische Partei nahm der Antizarismus ein. So wie der deutschen war auch der österreichischen Regierung bewusst, dass das Herausstreichen Russlands als des allein Schuldigen am Kriegsausbruch für das "Mitziehen" der Sozialdemokratie ein entscheidender Faktor sein würde. Es war kein Zufall, dass Österreich-Ungarn die Kriegserklärung an Russland tagelang hinauszögerte und diesen Schritt erst nach mehrmaligen, immer dringlicher werdenden Demarchen aus Berlin am 6. August 1914 vollzog. Die Zurückhaltung des Ballhausplatzes ließ sich propagandistisch gut verwerten, konnte man doch nun einigermaßen glaubhaft versichern, dass es das "Vaterland" gegen den despotischen Zarismus zu verteidigen gelte. Damit war der Sozialdemokratie das sicherlich wirksamste Argument für ihre Unterstützung des Krieges in die Hand gegeben, was man mit Marx-Engels-Zitaten über Russland als den Hort der europäischen Reaktion zu untermauern suchte.

Am 25. Juli 1914 wurde die Session des bereits im März 1914 auf unbestimmte Zeit vertagten Reichsrats von der Stürgkh-Regierung für *geschlossen* erklärt. Durch die Ausschaltung des Parlaments blieb der österreichischen Sozialdemokratie eine Abstimmung über die Kriegskredite als Probe aufs Exempel ihrer Staatsloyalität erspart. Dieser Umstand wurde für die spätere Entwicklung wichtig, denn er trug dazu bei, das Entstehen einer stärkeren Linksopposition zu verzögern und eine Parteispaltung ähnlich der in Deutschland zu verhindern.

In den ersten beiden Kriegsjahren hat der Parteivorsitzende Victor Adler mehrmals erklärt, dass sich bei einer Abstimmung im Parlament die österreichische genauso wie die deutsche Sozialdemokratie verhalten hätte. Seine Äußerungen fielen aber nur in einem kleinen Kreis von Parteifunktionären und blieben der Masse der Mitglieder wie der Arbeiter unbekannt. Die Knebelung des politischen Lebens durch das kriegsdiktatorische Regime brachte der Partei also nicht nur Nachteile.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass, obwohl die Führung der österreichischen Sozialdemokratie aus ihrer Unterstützung des Regierungskurses keinen Hehl machte, diese gedämpfter blieb und weniger spektakulär war als das Eintreten der SPD-Spitze für den Krieg. Eine derart schmachvolle Aktion wie die des Abgeordneten Südekum, der dem Reichskanzler Bethmann Hollweg schon am 28. Juli 1914 vertraulich versicherte, dass die Partei "keinerlei wie immer geartete Aktion" gegen den Krieg unternehmen werde, gab es in Österreich nicht. Auch der Ton der "Arbeiter-Zeitung" wurde ab Oktober/November 1914, als nach der Marneschlacht und den

verheerenden Niederlagen der k.u.k. Armee auf dem galizischen und serbischen Kriegsschauplatz eine erste Ernüchterung eintrat, merklich reservierter und vermied fortan chauvinistische Exzesse.

Stärken und Schwächen der Kriegslinken am Beispiel Friedrich Adlers

Konnte man die Wahrheit über den Ersten Weltkrieg schon im Juli/August 1914 erkennen? Das war im Trommelfeuer der "Vaterlandsverteidigungs"-Propaganda und in der Atmosphäre des unisono ertönenden Geheuls der Kriegsbegeisterung schwer, dennoch aber möglich. Einer der wenigen – sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene –, die den Charakter des Krieges von Anfang an durchschauten, war Friedrich Adler, der Sohn Victor Adlers, zu dem Zeitpunkt Parteisekretär und Redakteur des theoretischen Organs der Sozialdemokratie "Der Kampf". Beide Funktionen legte er aus Protest zurück und schrieb am 8. August 1914 einen Brief an den Parteivorstand, in dem er, schockiert über den Zusammenbruch der II. Internationale, die "Preisgebung der Idee des Antimilitarismus und Internationalismus", die "Preisgebung der gesamten Idee der Bewegung" anprangerte.¹³ Er nannte die Schreibweise der "Arbeiter-Zeitung" seit dem 28. Juli 1914 eine "Schande", und setzte fort: "Das, was geschehen, war nicht nötig, auch wenn man auf dem Standpunkt steht, vor allem unsere Institutionen zu retten. Aber ich gestehe, dass ich seit dem Ausnahmezustand diesen Standpunkt für verfehlt halte. Nach meinem Gefühl hätten wir alles opfern sollen. Wir hätten uns nicht fürchten sollen vor Konfiskationen, noch vor Verfolgungen. Ich gestehe, dass ich glücklich wäre, wenn anstatt der täglichen Dokumentierung unserer Schmach, das Blatt eingestellt, die Druckerei gesperrt und wir alle im Loch sitzen würden (...) Ich pfeife auf alle 'Leser' unseres Tagblattes, wie es heute ist und wäre glücklich, wenn ich unseren Genossen ein offenes, ehrliches Flugblatt zustecken könnte."¹⁴

Friedrich Adlers zweite Stellungnahme, das Memorandum an den Parteivorstand vom 13. August 1914, fällt über das zentrale Argument der österreichischen Sozialdemokratie, das Vaterland und die westliche Kultur vor der zaristischen Barbarei schützen zu müssen, ein vernichtendes Urteil. Für ihn war das eine "Legende", eifrigst kolportiert von "preußischen Ministern und österreichischen Generalen", um die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft "mit dem Leim des Antizarismus zu fangen", ein "verächtlicher Vorwand" und eine "Lüge". Der Zarismus, der durch die revolutionäre Bewegung in Russland "unterhöhlt" sei, könne auch nach einem Sieg "die Unkultur nicht mehr steigern", die in "Preußen-Deutschland und in den Gefilden der Tisza und Stürgkh" schon längst walte.

Damit drückte er auf etwas eigenwillige Art aus, was der Wirklichkeit des imperialistischen Zeitalters entsprach: dass zwischen den Großmächten in der Herrschaftsstruktur *kein* qualitativer Unterschied bestand und deshalb der Krieg zwischen ihnen von keiner Seite ein "gerechter" sein konnte. Ein Sozialdemokrat und Arbeiter dürfe somit für keine der kriegführenden Mächte, auch nicht für seine eigene, Partei ergreifen, und habe die Pflicht, sich der "Hurrakanaille" zu verweigern. Sein Vorschlag, die "Verantwortung einzig und allein den Herrschenden" zu überlassen, zu "schweigen" und "entschlossen zu warten, bis die Stunde kommt, wo wieder das Proletariat zu sprechen haben wird"¹⁵, offenbarte aber schon jenen Schwachpunkt seiner Position; an dem er zerbrechen und in der Flucht in das Attentat auf Stürgkh den Ausweg suchen sollte.

Die vor seiner berühmt gewordenen Verteidigungsrede vor dem Ausnahmegesicht bei weitem schärfste Stellungnahme ist in dem Manifest "Die Internationalen in Österreich an die Internationalen aller Länder!" vom Dezember 1915 enthalten. Mit welchen Worten bedachte Friedrich Adler die Zustände in Österreich? Er schrieb: "Restlos ist die Verfassung vernichtet, die Meinungsfreiheit beseitigt, *unbeschränkt sind die Henker an der Arbeit*. Mit Schaudern wird einst die zivilisierte Welt erfahren, wie sich die Justiz in Österreich nicht nur schamlos zur Kriegsmaschine im Hinterland erniedrigt hat, sondern zur Dirne einer jeden politischen Reaktion geworden ist (...)"¹⁶

Das, was man "unser Vaterland" nenne, sei heute ein "schmachvolles Gefängnis" unter dem Kerkermeister der "völkermordenden schwarzgelben Barbarei". Die "wahnwitzigen Pläne" der

herrschenden Klasse zielten darauf ab, Österreich "möglichst dauerhaft das Schandmal des Absolutismus aufzudrücken", in Österreich die "Despotie der Deutschen", in Ungarn die "Despotie der Magyaren" dauernd zu etablieren, die Tschechen und Ruthenen, die Italiener und Slowenen "durch noch mehr Prügel zur Liebe zum Vaterland" anzueifern. Deshalb: "Keine Solidarität mit dem herrschenden System in Österreich", "kein Friede mit dem monarchischen System", unbeugsamer Kampf "für die demokratische Republik", für die "demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik", für die "Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk".¹⁷

Wie schätzte Friedrich Adler den Krieg ein? Er schrieb: "Die Ziele in diesem Kriege sind Ziele der herrschenden Klassen", sie "stehen im Kriege um die Teilung der Erde, kämpfen um die Beherrschung der Welt". Unter der "Herrschaft imperialistischer Unterdrückungspläne" werde die Welt "immer der Gefahr des Krieges ausgesetzt sein". Für das Gerede, "dass jedes Proletariat die Imperialisten seines Landes unterstützen soll, um den Kriegsgewinn zu steigern, an dem es partizipiert", könne man nur "Verachtung" empfinden. Und er befürwortete sogar ausdrücklich die Losung vom "Hauptfeind im eigenen Land" mit den Worten: "Unsere Methode heißt nicht Krieg, sondern *Revolution*"; die Aufgabe wahrer proletarischer Internationalisten sei es, "in erster Linie im *eigenen* Lande das Proletariat zur Erkenntnis der Notwendigkeit der sozialistischen Bewegung zu bringen".¹⁸ Das Wort "Revolution" statt "Bewegung", das er zweifellos damit meinte, ließ Friedrich Adler, aus welchen Gründen immer, an dieser Stelle ungesagt.

Ohne die durchdringende Klarheit der Analysen und vor allem Schlussfolgerungen anderer Sozialisten und Sozialistinnen zu erreichen, eines Lenin, einer Rosa Luxemburg, eines Karl Liebknecht, waren Friedrich Adlers Erkenntnisse eine große Leistung, denn man darf nicht vergessen, dass leider nur zu viele einst oppositionelle, kritische, kluge Köpfe, darunter auch Marxisten, in allen kriegführenden Ländern im August 1914 reihenweise umfielen und im Lager der Chauvinisten landeten.

Friedrich Adlers Stellungnahmen waren ein leidenschaftliches persönliches Bekenntnis, die aber über die politischen Schwächen der um ihn gescharten Kriegslinken (dazu gehörten Leopold Winarsky, Max Adler, Robert Danneberg, Therese Schlesinger, Gabriele Proft u. a.) nicht hinwegtäuschen konnten.

Die Linke sah klar bestimmte Aspekte des Kriegscharakters, zog aber daraus keine Konsequenzen. Das Kardinaldogma des Austromarxismus von der "Einheit der Partei um jeden Preis" war auch in ihr so verinnerlicht, dass man vor der letztlich entscheidenden organisatorischen Schlussfolgerung, dem offenen Bruch mit der rechten, sozialpatriotischen Mehrheit, immer wieder zurückschreckte. Die Beschränkung auf bloße Diskussion innerhalb eines kleinen Zirkels von Funktionären, das Fehlen jeglicher Bemühung, die Arbeiterschaft für ihr Programm zu gewinnen und die Ablehnung illegaler Tätigkeit, Agitation und Propaganda unter den Massen machte die Kriegslinke als potenziellen Träger ernst zu nehmender Antikriegsaktionen faktisch wirkungslos.

Das Attentat und seine Folgen

Erst nach Drängen der auf Leninschen Positionen stehenden kleinen Gruppe der "Linksradikalen" unter Franz Koritschoner entschloss sich Friedrich Adler im März 1916, den Bildungsverein "Karl Marx" als Sammelbecken der oppositionellen Kräfte zu reaktivieren. Dieser Schritt hätte, ähnlich wie in Deutschland mit der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft", zur organisatorischen Abspaltung der Zentristen und Linken von der sozialpatriotischen Mehrheit der Partei auch in Österreich führen können. Koritschoner schilderte später, dass die Linksradikalen im September 1916 im Verein "Karl Marx" den Vorschlag unterbreiteten, neben der legalen Betätigung auch illegal zu wirken, revolutionäre Flugblätter und Broschüren herauszugeben sowie an allen Massenbewegungen teilzunehmen, "um ihre Verbreitung zu fördern und sie für den zielstrebigsten Klassenkampf auszunützen".¹⁹ Dieser Vorschlag der Neuorientierung der Linksopposition sei *gegen* den Widerstand Friedrich Adlers mit einer Mehrheit von einer Stimme in der letzten Sitzung des

Vereins "Karl Marx" durchgebracht worden. Wegen Adlers Attentat und dem darauf erfolgten Verbot des Vereins "Karl Marx" habe er aber nicht wirksam werden können.²⁰

Am Nachmittag des 21. Oktober 1916 tötete Friedrich Adler den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh im Speisesaal des Hotels Meißl & Schadn in Wien durch vier Pistolenschüsse. Was ihn dazu bewog, analysierte Lenin in einem Brief an Franz Koritschoner vom 25. Oktober 1916 zutreffend so: "Er verzweifelte an der Partei, er konnte nicht ertragen, daß mit dieser Partei zu arbeiten unmöglich ist, daß mit Victor Adler zu arbeiten unmöglich ist, er konnte sich nicht mit der Idee der Spaltung versöhnen, die schwere Arbeit der Tätigkeit gegen die Partei nicht auf sich nehmen. Und aus Verzweiflung - Attentat. Verzweiflungstat eines Kautskyaners."²¹

Bemerkenswert ist, dass Lenin Friedrich Adlers Handeln nicht grundsätzlich verdammt, sondern individuelle terroristische Attentate als "unzweckmäßige" Mittel des politischen Kampfes bezeichnete. Er setzte fort: "'Killing is no murder', schrieb unsere alte 'Iskra' über Attentate, wir sind *gar nicht gegen* politischen Mord (es ist einfach niederträchtig, was die Opportunisten, 'Vorwärts' und Wiener 'Arbeiter-Zeitung' in diesem Sinne lakaienhaftes schreiben), aber als revolutionäre Taktik sind individuelle Attentate unzweckmäßig und schädlich. Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhange mit der Massenbewegung kann und muss auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein."²²

Die Linksradiكالen in Österreich sollten daher Friedrich Adlers Tat "moralisch rechtfertigen", aber als Lehre für die Arbeiter sagen: "Kein Terrorismus, aber systematische, ausdauernde, aufopfernde Arbeit der revolutionären Propaganda und Agitation, Demonstrationen usw. usw. *gegen* die lakaienhafte opportunistische Partei, *gegen* die Imperialisten, *gegen* die eigenen Regierungen, *gegen* den Krieg - das ist nötig."²³

Die spätere Entwicklung zeigte, dass Friedrich Adlers Attentat, und mehr noch sein mutiges Auftreten während des Prozesses vor dem Ausnahmegericht im Mai 1917, nicht sinn- und nutzlos war, sondern ungeahnte gewaltige Wirkungen entfaltete. Seine Schüsse auf Stürgkh, im Ersten Weltkrieg das einzige Beispiel einer derartigen Aktion eines sozialistischen Kriegsgegners, machten ihn mit einem Schlag zum Helden der österreichischen und internationalen Arbeitermassen. Im Juni 1917 fand für ihn und die beiden verfolgten Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, eine Sympathiekundgebung von 20 000 Arbeitern der Putilow-Werke in Petrograd statt, auf der Lenin und Sinowjew Reden hielten; in Moskau kam es sogar zu einem eintägigen Streik, der im Zeichen des Protestes gegen das Todesurteil stand; in ganz Russland wurden Ansichtskarten mit dem Porträt Friedrich Adlers verbreitet.²⁴

Die allgemeine Annahme war, dass er nach seiner Haftentlassung zu Kriegsende (das Todesurteil war in 18 Jahre Kerker umgewandelt worden) der Sozialdemokratie den Rücken kehren und so wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg seine politische Tätigkeit in einer neuen, revolutionären Partei fortsetzen würde. Dieses Angebot wurde ihm am 2. November 1918 von Franz Koritschoner gemacht. Friedrich Adler lehnte dies ab, und man kann ohne Übertreibung behaupten, dass er damit die Sozialdemokratie in ihrer Stellung als der überragenden, beherrschenden Partei der österreichischen Arbeiterklasse rettete. Hätte er mit den rechten sozialdemokratischen Führern gebrochen und als Begründer einer neuen Partei gewirkt (die unter seinem Einfluss gewiss nicht bolschewistischen Charakter gehabt hätte, sondern vorerst eine Art "linker USPD" unter Einbeziehung der Linksradiكالen geworden wäre), so wäre eine große Zahl, wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Arbeiterschaft mit ihm gegangen, und die Entwicklung hätte in Österreich während der revolutionären Nachkriegswelle 1918/19 einen anderen Verlauf genommen.

Auch das war eine Besonderheit des Ablaufs der Dinge in Österreich, die vor Augen führt, dass der unter dem Walten imperialistischer Vorherrschaft permanent nötige Kampf für den Frieden viele Formen, darunter auch ungewöhnliche, annehmen kann und darf. Letztlich aber ist es damals wie

heute nur der wirkliche Kampf der Massen, der die Pläne der Kriegstreiber zu durchkreuzen und Kriege zu beenden vermag.

Anmerkungen

- 1 Die Geschichte der Zweiten Internationale, Band II, Moskau 1983, S. 126.
- 2 Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 5. Band, Wien 1925, S. 137.
- 3 W. I. Lenin, Werke, Band 21, S. 308 und 447 ff.
- 4 Arbeiter-Zeitung, 25. Juli 1914, S. 1.
- 5 Ebenda, 28. Juli 1914, S. 1. Hervorhebung im Original.
- 6 Ebenda, 11. August 1914, S. 1.
- 7 Ebenda, 5. September 1914, S. 1.
- 8 Ebenda, 14. September 1914, S. 3.
- 9 Ebenda, 28. Oktober 1914, S. 4 f.
- 10 Rudolf Neck, Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918 (A. Quellen), I. Der Staat, Erster Band (1914 - 1917), Wien 1964, S 8 f. Hervorhebungen H. H.
- 11 Arbeiter-Zeitung, 8. August 1914, S. 4.
- 12 Ebenda, 14. August 1914, S. 6.
- 13 Friedrich Adler, Vor dem Ausnahmegericht, Jena 1923, S. 14.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda, S. 19.
- 16 Ebenda, S. 23. Hervorhebungen H. H.
- 17 Ebenda, S. 26.
- 18 Ebenda, S. 27 und 32.
- 19 Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916 - 1919, Wien 1970, S. 8 und 150.
- 20 Ebenda.
- 21 W. I. Lenin, Briefe, Band IV, August 1914 - Oktober 1917, S. 310.
- 22 Ebenda, S. 309 f. Hervorhebungen im Original.
- 23 Ebenda, S. 310. Hervorhebungen im Original.
- 24 Arbeiter-Zeitung, 11. November 1917, S. 7.; Rudolf Neck, Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918. A. Quellen. I. Der Staat, 2. Band (1917 - 1918), Wien 1968, S. 11.

Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises

- | | |
|------------------------------|--|
| Donnerstag, 17. Januar 2013 | Die "Wirtschaft" hinter Hitler: Der Keppler-Kreis
Mit Dr. Reiner Zilkenat |
| Donnerstag, 14. Februar 2013 | Prager Februar 1948 und 2013
Mit Klaus Kukuk |

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 23. Februar 2013

eine **Konferenz** zum Thema

150 Jahre deutsche Sozialdemokratie

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*
Hagenstr. 57
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Prof. Dr. Heinz Niemann (Bergfelde)
Historische Bilanz der deutschen Sozialdemokratie

Prof. Dr. Georg Fülberth (Marburg)

"New SPD"?

(Das Tagungsprogramm wird evtl. noch ergänzt.)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574